



Einzelpreis 25 Goldpfennig.

Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 4
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Königsgrüher Straße 44, Fernspr.-Anschl.: Amt Lupo 3249. — Bezugspreis monatlich: 80 Goldpfennig. —
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66534 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47,
Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
15. Februar 1923

Die Propheten der „Menschheit“.

Von Dr. Karl Mehrmann-Koblenz.

Es gibt einen Pazifismus, der lauter und rein ist wie die Sehnsucht im Daseinskampfe nach einem stillen Lebensabend. Es läßt sich ein Pazifismus denken, der sanft ist wie der Palmen tragende Friedensengel. Es läßt sich selbst ein Pazifismus begreifen, der freitbar ist als eiserne Jolot. Aber ein Pazifismus, dessen Waffe die Lüge und die Verleumdung ist, ist ein ekelhaftes hässliches Ding. Und dennoch Wirklichkeit. Es ist „Die Menschheit“, die in Wiesbaden von Fritz Röttger herausgegeben und als das „Publikationsorgan des deutschen pazifistischen Studentenbundes“ (Vorsitzender und Geschäftsstelle: Wolfgang Medding, Freiburg i. Br., Talstr. 56) sowie der deutschen Friedenspartei, Ulm, Hirschgasse 12. II., bezeichnet wird.

Ein Pazifismus, der immer und in jeder Zeile Partei für eine Seite nimmt, der nicht zugibt, daß wenigstens einmal beide Recht oder beide Unrecht haben können, der den einen der beiden Gegner stets entschuldigt und dem anderen alle Last der Schuld auflädt, ein solcher Pazifismus verhöhnt gegen die elementarste Forderung der Gerechtigkeit, daß Licht und Schatten genau verteilt werden. Er gibt sich unbedingt (nicht willenlos) in die Hände der einen von zwei gegnerischen Parteien; erniedrigt sich aus der erhabenen Rolle des Versöhnungspredigers zum Sendboten des Völkerrasses; wird aus einem Diener der Wahrheit zum Söldling der Rache.

Es sind 6 Jahre verfloßen, seitdem sie aus der Schweiz nach Deutschland übersiedelte. Und es ist kaum ein Jahr vergangen, seitdem sie aus dem unbefleckten ins besetzte Gebiet nach Wiesbaden hinüberwechselte. Es ist eine Tatsache, daß sie auf deutscher Seite alles schwarz, auf französischer Seite alles weiß im Zwielicht, das meiste im rosigsten Scheine malt. Im vergangenen Sommer gab sie eine Sondernummer (Nr. 21) heraus, zur Erinnerung an den Kriegsbeginn unter dem Schlagwort: „Nie wieder Krieg!“ In dieser Nummer befindet sich ein Aufsatz: „Deutschland als Sieger.“ Dort wird von L. Persius ein Buch von Dr. Stilleh besprochen. In welcher Weise? Es wird auf den Frankfurter Frieden von 1871, auf den Frieden von Brest-Litowsk und den von Bukarest aus dem Weltkrieg Bezug genommen und ihnen gegenüber der Friede von Versailles als ein Rinderpiel bezeichnet. Wir wollen unser Deutschgefühl nicht zu Worte kommen lassen, wenn wir folgenden Satz von Persius in der „Menschheit“ lesen: „Ist's möglich, so wird sich jeder Unvoreingenommene fragen, daß sich heute ein verantwortungsvoller Deutscher findet, der, blickt er zurück auf die Friedensschlüsse von Frankfurt, Brest-Litowsk und Bukarest, noch ein Wort der Klage über den Friedensschluß von Versailles laut werden läßt?“ Und weiter: „Schweigen ist das Gebot für jeden halbwegs anständig Fühlenden gegenüber den fraglos harten Bedingungen, die uns in Versailles diktiert wurden, die aber, vergleicht man sie mit denen, die von deutschen Militärs den Franzosen, Russen und Rumänen aufgezogen wurden, wahrlich leicht zu ertragenden Lasten bedeuten.“ Ich frage demgegenüber meine Landsleute im besetzten Gebiet von der holländischen bis an die elbische Grenze; euch, die ihr unter Beschlagnahmen, vor den Kriegsgerichten, in den Gefängnissen und unter den Ausweisungen seelisch und

körperlich gelitten habt und noch leidet, ich frage euch, Männer, Frauen und Kinder, die ihr 6 lange Jahre schon die Fremdherrschaft erduldet und von dem Geist der Freiheit, die euch versprochen war, auch keinen Hauch verspürt habt, die ihr aus euren Wohnungen vertrieben, von der schrankenlos schaltenden Separatistenplage gequält werdet, die ihr euch rechtlos fühlt und von Spiegeln umgeben wißt — ich frage euch, wie ihr über einen Vergleich des Frankfurter Friedens Bismarcks und des Versailler Diktates Poincarés denkt! Ich frage jeden, der die Fremdherrschaft im Rheinland kennt, ob es denkbar ist, daß ein General Degoutte bei seinem Abzug aus dem besetzten Gebiet ein Danteswort folge, wie es Thiers dem preußisch-deutschen General Mansteuffel spenden mußte, als nach kurzen zwei Jahren der Okkupation die deutschen Truppen in die Heimat marschierten! Hingegen haben — Frankreich sagt es selbst — die Besatzungstermine im Rheinland, trotz bald 6 Jahre, noch nicht zu laufen begonnen. Es ist als lebte Persius in einer umgekehrten Welt, wenn er die Frankfurter Friedensbedingungen Bismarcks geradezu „ladistisch“ nennt.

„Die Unmoral“, so sagt „Die Menschheit“ und in ihr Persius weiter, um den Ausdruck Bestialität zu vermeiden — „feierte Orgien in der Frage der Behandlung der Bevölkerung des Cholmer Landes...“ Denn sie entfesselte (nach Stilleh, besser Worte sich Persius zu eigen macht) einen Entrüstungsturm in Polen gegen diese neue Teilung. Man fragt sich, hat Stilleh, hat Persius das Versailler Diktat miterlebt, oder besanden sich beide jenseits der angeblich besten aller Welten und spielten mit dem Mann im Monde einen Friedensstaf? Das völlig deutsche Ländchen wurde losgerissen vom deutschen Vaterlande, im Osten wurden Millionen deutscher Bürger an Polen und Tschechen ausgeliefert, das gänzlich deutsche Danzig wurde aus dem Reichskörper herausgeschnitten, im Süden mußten die Deutschen Oesterreichs auf ihr Selbstbestimmungsrecht und auf den Anschluß an Deutschland verzichten, das deutsche Südtirol wurde unter fremde Gewalt getrieben, und im Westen mußten abertausend Deutsche ohne Abstimmung in welsche Regime hinüberwechseln. Das alles ist an deutschen Stammesgenossen, deutschen Blutsverwandten geschehen, und Stilleh und Persius klagen über die Teilung des Cholmer Gebietes!

Es ist ein wunderlicher Trost für die seit bald 6 Jahren leidende Bevölkerung des besetzten Gebietes, wenn Stilleh-Persius behaupten, daß die Fremdherrschaft im Rheinland wohl verdient sei, weil Rumänien eine deutsche Besatzung hatte. Denn „so wird man sagen können“, schreiben diese mitleidlosen Pazifisten-Heiligen, „mit dem Maß, mit dem ihr anderen misset, ist euch wieder gemessen worden, wenn auch (so wird schlichten, aber wirkungslos hinzugelegt) dieser Satz der Einschränkung selbst in diesem Punkt befehrt. Denn in Wirklichkeit ist dieses Maß für Deutschland ein wesentlich geringeres als dasjenige, das es selbst Rumänien zugezählt hatte.“ Teufelscher kann auch das unbarmherzige Maßelzuden nicht sein, mit dem Satan an den Leiden der gequälten Menschheit vorübergeht.

Selbstverständlich kann, damit das Dreigestirn voll werde auch Friedrich Wilhelm Foerster im Aufsatz von Persius nicht fehlen. Dieser verweist darauf, daß Foerster am 5. März 1924 in der „Menschheit“ schrieb, der deutsche Geisteszustand sei an den drückenden Bedingungen des Versailler Diktates schuld. Persius fügt seinen Wunsch hinzu, das Buch von Stille möge „zur Wandlung dieser Mentalität beitragen“. Im Grunde lauert hinter diesem Wunsch der Gedanke, daß das deutsche Volk im ganzen und die Bevölkerung des besetzten Gebietes im besonderen ihre Reiden wohl verdient haben, aus erzieherischen Gründen. Auch hier verbirgt sich die ganze kalte Mitleidlosigkeit des pazifistischen Propheten mit dem unsagbaren Elend der Deutschen im Reich und im besonderen am Rhein und an der Ruhr hinter ein paar Schlusssafforden, die Friedensgefühle vortäuschen sollen, in Wirklichkeit aber der Gleichgültigkeit gegenüber dem deutschen Unglück entspringen.

Es ist der Haß gegen alles Deutsche, der Haß, der das eigene Volk demütigt und verrät und den Kreuzzug gegen die deutsche Nation predigt, der hier triumphiert. Es entspricht durchaus der erbitterten Feindschaft gegen Deutschland, wenn Persius in der „Menschheit“ dem Gegner die Waffe zur geistigen und politischen Unterjochung liefert. Denn es zitiert Foersters Wort vom 5. März, daß der Mangel an „moralischen Garantien“ im deutschen Volke ein Grund für die französische Sicherungsforderungen ist. Es beleuchtet ferner mit bligartiger Heiligkeit den engen Zusammenhang zwischen der Propaganda der „Menschheit“ und dem französischen Interesse, wenn „die Menschheit“ vom 25. Juli und der französische „Nachrichtendienst“ (herausgegeben durch den französischen Pressedienst Düsseldorf) vom 6. August ds. Js. übereinstimmend einen Aufsatz „Die deutsche Kriegsführung in Belgien“ bringen. Der Artikel ist ein Sammelsurium angeblicher Kriegsgreuel, die die deutschen Truppen im August 1914 in Belgien verübt haben sollen. Es sind die urältesten Beschuldigungen der anfänglichen Kriegssphäre auf Seiten unserer Gegner, die hier nicht einmal neu frisiert werden. Die Welt ist seitdem 10 Jahre älter und die Sage, des zugehörigen Beweises ermangelnde Versicherung, daß die Beschuldigung „ausführlich erzählt“ wurde, ist seitdem nicht jünger geworden. Die Sage, daß ein 70 Millionenvolk aus seiner Mitte 14 oder 15 Millionen „Hunnen“ und „Barbaren“ ausgewählt habe, um sie als selbstgegründete Soldaten verkleidet nach dem friedlichen Westen gegen Kinder und Frauen, Greise und Kranke mörderisch loszulassen, findet nirgends in der Welt mehr rechten Glauben. Die zahllosen Prozesse auf Grund französischer und belgischer Anschuldigungen gegen deutsche Heeresangehörige haben durchweg mit einem Fiasco geendet. Daß in einem 10- bis 15-jährigen Millionenheer auch einzelne räubige Schafe waren, ändert an dem Gesamtcharakter des nur zur Verteidigung seines Landes ausgezogenen deutschen Soldaten nichts. Auch in der französischen Armee gab es Hallunken; man lese das Tagebuch von Hans Grimm „Der Delsucher von

Duala“. Beschimpfungen, wie sie „Die Menschheit“ dem französischen „Nachrichtendienst“ in Düsseldorf handgerecht übermittelt hat, sind eine Beleidigung der deutschen Arbeiter-schaft, die doch die weitaus größte Mehrheit des deutschen Heeres bildete und in deren Namen der sog. Abgeordnete Haase, dessen Loblied Persius als eines Mannes „von wahrhaft gültiger Menschlichkeit“ singt, Anfang August 1914 die Kriegskredite bewilligte. Als die amerikanischen Frontsoldaten in Coblenz einrückten, richteten nach etwa 2 Monaten einige ihrer Offiziere an mich die Frage: „Wann zeigt sich nun endlich die deutsche Hinterlist und Gemeinheit? Wir merken nichts vom deutschen Boche und Hunnen?“ Sie haben auch in den mehr als 4 Jahren, die sie am Rhein waren, nichts davon gemerkt und reumütig bekannt, daß sie von der Ententebege belogen und betrogen worden seien. Nur der „Pazifismus“ von der Sorte „Menschheit“ arbeitet gegen das eigene Volk nach dem alten Rezept: „Wir Deutschen haben es 1914—1918 selbst so gemacht; also dürft ihr euch nicht beklagen, wenn der Gegner es mit euch ebenso und noch schlimmer macht.“ „Wobei es nicht bloß eine Lüge ist, daß unsere Soldaten unmenschliche Handlungen in ungewöhnlicher Zahl begangen haben, sondern auch eine geistige Faulheit, die nicht einmal Neues zu erfinden weiß, und schließlich noch eine Dummheit, die die Auffassungskraft ihrer deutschen Leser unterschätzt, indem sie die Tatsache unterschlägt, daß Härten, die im Kriege vorkamen, anders zu beurteilen sind, als Gewalttaten, die im Frieden geschehen, dessen Sagnungen nach dem Versailler Diktat der Rheinländer laut „Menschheit“ doch in unübersehbarer Fülle seit dem 28. Juni 1919 genießt.

Mit der „Menschheit“ ließen sich im unbezogenen Deutschland keine Geschäfte machen. Also redete Fritz Röttcher nach Wiesbaden über. Und log und frevelte am heiligen Gut des Friedens. Ein solcher „Pazifismus“ wäre gemeinster Landesverrat, wenn diese „Menschheit“ überhaupt ein Vaterland hätte. Fritz Röttcher wählte Wiesbaden zu seinem Wirkungskreis nach dem Grundsatz: Wo es wohlgeht, da ist Vaterland; auch unter Fremdherrschaft. Freiheit und Ehre, Recht und Friede sind „Imponderabilien“, die diese Propheten der „Menschheit“ nicht belasten. Wäre es ihnen um Wahrheit, um die Feststellung der Schuld am Kriege zu tun, so böten ihnen die russischen Archive Stoffe genug — zu Anklagen gegen Tschwolsky und Poincaré!

*

Anmerkung der Schriftleitung des „Saar-Freund“: Die „Menschheit“ ist die stets gefüllte Fundgrube des französischen Propagandaorgans an der Saar, „Neuer Saar-Kurier“ genannt; daraus schöpft er sein Material zum Kampf gegen das Deutschland. Die „Menschheit“ wird in der Buchhandlung des „Saar-Kurier“-Verlags vertrieben, mit welchem Erfolg, ist uns nicht bekannt. Die engen geschäftlichen, redaktionellen und „ideellen“ Verbindungen fordern unbedingt zu der Mutmaßung heraus, daß beide Organe von gleichen Interessen geleitet werden.

Der Saarfranken kommt — trotz Protestes der Saarbevölkerung.

Wir teilten bereits in unserer letzten Nummer mit, daß die Schaffung einer besonderen Saarwährung durch Frankreich in Vereinbarung mit der Saarregierung beschlossene Sache ist. Frankreich will sich, nachdem es das Saargebiet bereits nach allen Regeln der Kunst geschröpft hat, rechtzeitig aus der hereinbrechenden Wirtschaftskatastrophe herausziehen. In unterrichteten französischen Wirtschaftskreisen (und nicht zuletzt der französische Handelsminister selbst) ist man anscheinend restlos davon überzeugt, daß diese herausziehende Wirtschaftskatastrophe für das Saargebiet nicht mehr aufzuhalten ist. Natürlich ist auch die Saarregierung über all diese Dinge gut unterrichtet. Welche Antwort müßte sie wohl erteilen, wenn sie gefragt würde, welche Gründe in erster Linie ausschlaggebend sind bei ihrer Stellung zu der geplanten Saarwährung? Das Wohlergehen der Bevölkerung oder die Interessen Frankreichs?

Die Zurückziehung der französischen Währung aus dem Saargebiet bedeutet letzten Endes nichts anderes als eine Bankrott-erklärung der französischen Wirtschaftspolitik im Saargebiet. Frankreich will an Stelle des französischen Franken eine eigene Saarwährung setzen, womit es andeutet, daß es entschlossen ist, sich rechtzeitig aus der Wirtschaftskatastrophe des Saargebietes herauszuziehen, nachdem es durch seine jeder wirtschaftlichen Vernunft hohnsprechenden Vorsehung des hochentwickeltesten Industriegebietes aus dem deutschen Wirtschaftsorganismus die Situation bis zum äußersten verschoben hat. Entgegen den jüngsten Erklärungen des französischen Handelsministers, daß er die Situation im Saargebiet nicht so pessimistisch beurteilen könne, muß offenbar in Wirklichkeit schwärzester Pessimismus in französischen Regierungskreisen bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft des Saargebietes herrschen. Würde man sich sonst durch die geplante Maßnahme vor einer Inflationsgefahr die der französischen Währung aus dem Saargebiet droht, schützen? Was besagt aber Inflationsgefahr anderes, als daß in der Wirtschaft

ein Minus entstehen wird, das sich in einem Mißverhältnis zwischen dem ruhbaren (d. h. in der Weltwirtschaft effektiv verwertbaren) Sozialprodukt und der umlaufenden Geldmenge ausdrückt, oder, produktionspolitisch betrachtet, in einer Diskrepanz zwischen Produktions- und Konsumtionsfähigkeit. Dieser Zustand, den man auch mit Wirtschaftsverfall bezeichnet, wird anscheinend von französischer Seite erwartet. Er führt bei sinkender Kaufkraft der Bevölkerung ein Minus an Steuererträgen herbei und damit die Notwendigkeit der künstlichen Geldproduktion (Inflation) für den Fiskus. In der Tat, nette Aussichten, und es ist bezeichnend, daß Frankreich, das aus dem Saargebiet unbeschädigt Millionen und aber Millionen an Reparationen gezogen hat und noch zieht, sich rechtzeitig den Folgen seiner unheilvollen Wirtschaftspolitik entziehen will (es sollen auch französischerseits Versuche gemacht werden, die französische Kapitalbeteiligung an der Saarindustrie abzustößen). Aus politischen Motiven hat man ein wirtschaftliches Verbrechen bei der zwangsweisen Westorientierung der Saarwirtschaft begangen. Nun, da man eingesehen hat, daß politisch im Saargebiet für Frankreich nichts zu holen ist, sucht man zu liquidieren.

Es gibt einen Ausweg: Rückkehr zu der verdrängten deutschen Goldmarkwährung, bei der das Saargebiet in der deutschen Zentralnotenbank das notwendige finanzielle Rückgrat haben wird; Beseitigung der unnatürlichen Zollschranken zwischen Deutschland und dem Saargebiet.

Frankreich muß diesen Ausweg wählen, wenn es wirtschaftliche Erträge aus dem Saargebiet haben will; oder will es vielleicht nur die Vernichtung des Saargebietes?

Die Tendenz der Schaffung einer Saarwährung ist also völlig klar. In Frankreich weiß man, daß das Saargebiet wirtschaft-

sch zusammenbrechen muß, nachdem man aus ihm alles herausgeholt hat, was möglich war, daß man es ausgesogen hat in geradezu erpresserischer und räuberischer Weise, daß man ihm Reparationsleistungen auferlegte, die den Saarstatutsbestimmungen widersprechen.

Die Regierungskommission und vor allem ihr Präsident Kault haben die Entwicklung dieser Dinge deutlich vor Augen gesehen, haben erkannt, daß der Weg, den man das Saargebiet führt, ins Verderben führen muß. Und man hat dennoch nichts getan, um diesem Verderben zu entgehen. Die Regierungskommission und besonders Herr Kault haben mit voller Absicht die Katastrophe hereinbrechen lassen, weil das im Rahmen der französischen Annexionspolitik, im Interesse Frankreichs liegt. Die Saarregierung und immer wieder vornehmlich Herr Kault haben ihren Völkerbundsaufrag, die Wohlfahrt der Bevölkerung in erster Linie im Auge zu haben, absichtlich verletzt. Es steht fest, daß sie in erster Linie die Schuld tragen daran, daß das Saargebiet der wirtschaftlichen Katastrophe gegenübersteht.

Die Tatsache, daß Frankreich heute den sogenannten Saarfranken einführen will, ist Herrn Kault nicht nur bekannt, er hat an der Verwirklichung dieser Absicht hervorragend mitgearbeitet. Heute steht fest, daß der Beschluß, den Saarfranken einzuführen, tatsächlich schon am 30. September 1924 gefaßt wurde, damals nämlich, als in der Sitzung des Budgetausschusses der französischen Kammer der französische Finanzminister Clementel entsprechende Mitteilungen machte. Auch Herr Kault war diese Absicht bekannt. Trotzdem hat er es unterlassen, in seinem 20. Rechenschaftsbericht, der die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 umfaßt, dieser Tatsache Erwähnung zu tun. Er wird also wieder den Völkerbund mit einer vollendeten Tatsache überraschen, eine solche Maßnahme ohne Einvernahme mit dem Völkerbundsrat zu treffen, ohne auch die gewählten Vertreter des Landesrats bestimmungsgemäß zu hören.

Bis zur Stunde hat es jedenfalls Herr Kault nicht für erforderlich gehalten, von solchen Absichten dem Landesrat Kenntnis zu geben. Gleich nach dem Bekanntwerden der entsprechenden Vorbereitungen haben sich aber die einzelnen Landesratsfraktionen mit der Frage befaßt. U. a. hat die Landesratsfraktion

der Sozialdemokratischen Partei an die Saarregierung folgende Anfrage gerichtet:

„In den letzten Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß nach einer Erklärung des französischen Finanzministers Clementel die französische Regierung die Absicht habe, im Saargebiet an die Stelle des französischen Franken eine Saarbantnote als gesetzliche Währung zur Einführung zu bringen.

Ist die Regierungskommission bereit, den Herrn Staatskommissar beim Landesrat zu ermächtigen, in der nächsten Vollziehung des Landesrats eine diesbezügliche unzweideutige Erklärung abzugeben?

Die Sozialdemokratische Fraktion hält es jedoch, ohne die geforderte Erklärung abzuwarten, heute schon für notwendig, darauf hinzuweisen, daß sie einem derartigen Finanzexperiment den schärfsten Widerstand entgegenstellen wird und nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß, in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Versailles, das einzig gültige Zahlungsmittel im Saargebiet die deutsche Reichsmark sein muß.“

Die gesamte deutsche Saarpresse nimmt mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Schaffung einer neuen Saarwährung Stellung. Sie weist darauf hin, daß mit dieser Saarwährung die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Saargebiets sich noch weiter verschärfen müssen. Die Saarregierung hält sich nach wie vor in tiefes Schweigen. Das ist das beste Zeichen dafür, daß man dort die letzten Vorbereitungen zur Durchführung der französischen Währungs- und Reparationsmanipulationen trifft. Man darf gespannt sein, ob der Völkerbund in seiner am 9. März beginnenden Tagung Veranlassung nehmen wird, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir fürchten, daß er es wie bisher handhaben wird, nämlich zu erklären, daß er davon überzeugt ist, die Saarregierung werde das für die Bevölkerung des Saargebiets Zweckdienlichste tun. Uns kann ein solches Verhalten des Völkerbundes nur in unserer Auffassung bestärken: Deutschland darf einer solchen Organisation nicht angehören, solange der Geist dort herrscht, wie es sich in allen seinen Beschlüssen bisher ausdrückt.

Die Saarwirtschaft gegen die neue Saarwährung.

Die Handelskammer und die übrigen wirtschaftlichen Organisationen des Saargebiets mit Einschluß der Arbeitnehmerschaft haben an die Regierungskommission folgende Eingabe betreffend Schaffung einer besonderen Währung für das Saargebiet gerichtet.

Der französische Finanzminister hat ausweislich des „Journal officiel“ 1924, S. 1698, in der Senatsitzung vom 30. Dezember 1924 als Absicht der französischen Regierung verkündet, für das Saargebiet ebenso wie für Madagaskar ein besonderes Papiergeld zu schaffen. Neuerliche Zeitungsmeldungen bestätigen, daß dieser Plan von der französischen Regierung weiter verfolgt wird. Es soll sich um Geldzeichen handeln, für die unter Aual der Bank von Frankreich die französische Grubenderwaltung im Saargebiet haftet.

Die Handelskammer zu Saarbrücken hat sich in ihrer Vollziehung vom 27. Januar 1925 eingehend mit diesem Plan und seinen Auswirkungen für das saarländische Wirtschaftsleben beschäftigt. Weiter fand am 29. Januar über dieselbe Frage eine Besprechung mit den Vertretern des gesamten saarländischen Wirtschaftslebens einschließlich der Arbeitnehmerschaft statt. Auf Grund der Beschlüsse der Handelskammersitzung und der erwähnten Besprechung gestattete sich die Handelskammer in ihrem eigenen Namen und zugleich auch im Auftrag der bei der Besprechung vertretenen Organisationen des gesamten saarländischen Wirtschaftslebens an die Regierungskommission mit folgenden Darlegungen heranzutreten:

Wir sehen in der Durchführung des Planes der französischen Regierung

eine überaus große Gefahr für das gesamte saarländische Wirtschaftsleben.

Wir würden und mühten zweifellos jeden Versuch begrüßen, der geeignet wäre, die im Saargebiet durch die Regierungskommission eingeführte gesetzliche Währung, den französischen Franken, zu stabilisieren. Wir hegen nun zunächst überaus große Zweifel, ob der Plan der französischen Regierung wirklich geeignet ist, den französischen Franken zu festigen. Die französische Regierung will nach den vorliegenden Meldungen einen Betrag von 450 bis 500 Millionen Franken als Währungserlös für das Saargebiet ausgeben, um den Notenumlauf der Banque de France in gleichem Umfange niedriger halten zu können. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahme lediglich eine Verbedung der in Wirklichkeit vorgenommenen Erhöhung des Notenumlaufes sein

würde. Die Wirkung dieser Maßnahme könnte höchstens eine kurze und vorübergehende sein, die nur so lange dauern könnte, bis das französische Inland und vor allem bis das Ausland die Bedeutung der Maßnahme erkannt hätte. Man muß befürchten, daß das Endergebnis eine besonders starke Schädigung des Ansehens der französischen Währung bleiben würde. Aber ganz abgesehen davon, daß wir der geplanten Maßnahme jeden Erfolg für die Stabilisierung der derzeitigen Währung des Saargebietes abtreten zu müssen glauben, müssen wir auf das eindringlichste darauf hinweisen, daß auf jeden Fall das Saargebiet durch die geplante Maßnahme eine überaus große wirtschaftliche Schädigung erleidet. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der geplante Währungserlös sofort gegenüber dem französischen Franken ein Disagio erleiden wird. Der Währungserlös wird

nur im Saargebiet und höchstens in den angrenzenden Teilen des Saargebietes Geltung haben,

im übrigen Frankreich wird er aber nicht in Zahlung genommen und vor allem wird er niemals im internationalen Zahlungsverkehr verwendet werden können. Das Saargebiet mit seinen ausgedehnten Außenhandelsbeziehungen kann aber ohne ein international anerkanntes Zahlungsmittel nicht leben und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, den Währungserlös für alle Zahlungen über das Saargebiet und das französische Grenzgebiet hinaus in Franken oder über den Franken in Devisen umzutauschen, muß notwendig ein Disagio des Währungserlöses mit allen seinen Wirkungen im inneren Verkehr herbeiführen. Wir können als Kronzeugen für diese unsere Befürchtungen niemand besseren zitieren, als den französischen Finanzminister selbst. Herr Finanzminister Clementel hat in seinem Ende 1924 erstatteten „Bericht über die finanzielle Lage Frankreichs bei Beginn der 13. Legislaturperiode“, Paris 1924, auf S. 54/55 die Frage der Erhöhung des französischen Notenumlaufes durch die Einführung des Franken als gesetzliche Währung im Saargebiet behandelt. Er hat dabei zunächst, was hier für spätere Ausführungen hervorgehoben werden soll, ausgeführt, der französische Franken sei ohne eine französische gesetzgeberische Maßnahme und ohne einen Vertrag des Saargebietes mit der Bank von Frankreich eingeführt worden, obwohl beide Maßnahmen notwendig gewesen seien. Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der Frankeneinführung im Saargebiet

hat er sich über die Mittel, die daraus entstandene Vermehrung des französischen Notenumlaufes wieder aus der Welt zu schaffen, wie folgt geäußert:

„Angesichts dieser Sachlage sind wir auf Abhilfsmittel bedacht gewesen. Wir haben aber erkennen müssen, daß man trotz der großen Schwierigkeiten, die die Sachlage mit sich bringt, im Augenblick nicht restlos abhelfen kann. Die Schaffung einer saarländischen Währung, aufgebaut auf die Kohlenvorräte oder auf die laufende Kohlenausbau, würde denselben Erfolg haben wie die Ausgabe der Geldscheine, die die französische Eisenbahnregie ausgegeben hat. Sie wird daher allerseits im gegenwärtigen Zeitpunkt als praktisch unmöglich bezeichnet.“

Das, was der französische Finanzminister nach dem Vorbild des Regierfranken befürchtet, ist ganz offenbar die Unmöglichkeit, mit dem neu geschaffenen Saargeld außerhalb des Saargebietes bezahlen zu können und die bestimmte Annahme, daß daraus ein Disagio entstehen wird. Wir erinnern in dieser Beziehung daran, daß seinerzeit die elsass-lothringischen Handelskammern ihre bezirksangehörigen Firmen vor der Annahme von Regierfranken zwecks Verhütung von Schädigungen gewarnt haben mit dem Hinweis darauf, daß eine Verpflichtung zur Annahme nicht bestände.

Wir sind uns bei unseren Ausführungen wohl bewußt, daß der französische Finanzminister den — früher von ihm selbst erhobenen — Einwand, das neue Geld werde ein Disagio erhalten, dadurch auszuräumen versucht wird, daß er erklärt, das neue Geld solle durch die Möglichkeit des Umtausches in französische Franken und durch das Aval der Bank von Frankreich vor dem Disagio geschützt und an den französischen Franken gebunden werden. Hieraus beziehen sich offenbar in der Rede des Finanzministers vor dem Senat die Worte, das neue Geld solle ein französisches und kein saarländisches sein. Es ist anzunehmen, daß der Herr Finanzminister mit dieser Hoffnung den Widerspruch erläutern wird, der sich zwischen seiner oben zitierten Äußerung in dem Finanzbericht von Ende 1924 und seinen jetzigen Plänen aufbaut. Unseres Erachtens sind die Erwartungen, die man an die Umtauschmöglichkeit knüpfen wird, völlig trügerisch. Das Disagio wird einzig und allein schon durch die Umtauschnotwendigkeit geschaffen und bei jeder Erleichterung des Umtausches bleibt noch immer eine so große Erschwerung und Verteuerung des Zahlungsverkehrs übrig, daß sie notwendigerweise zu erheblichem Disagio führt. Dabei ist noch ganz abgesehen von der Minderbewertung durch die breite Masse, die rein gefühlsmäßig jeden Währungsersatz auch bei Umtauschmöglichkeiten ablehnen wird.

Die Pläne des französischen Finanzministers enden demnach unbedingt damit,

daß dem Saargebiet ein dem Franken gegenüber unterwertiges Zahlungsmittel als Währungseratz angeboten wird.

Dabei wurde zunächst davon ausgegangen, daß die Absichten des französischen Finanzministers sich verwirklichen ließen, was aber aus schwerwiegenden rechtlichen Gründen nicht möglich erscheint. Es ist offenbar als selbstverständlich vorausgesetzt, daß nicht nur eine Umtauschmöglichkeit des Währungsersatzes gegen französisches Währungsgeld geschaffen, sondern daß ferner auch die Möglichkeit gegeben wird, nach Belieben des Eigentümers den Währungsersatz innerhalb des Saargebietes als Zahlungsersatz zu verwenden. Für die letztere Möglichkeit, die durch gesetzliche Anordnungen im Saargebiet geschaffen werden müßte,

fehlen jedoch die erforderlichen rechtlichen Unterlagen.

Der § 32 Abs. 1 des Saarstatuts lautet:

„Der Umlauf französischen Geldes im Saargebiet wird keinem Verbot und keiner Beschränkung unterworfen.“

Nun ist der neu zu schaffende Währungseratz keinesfalls französisches Währungsgeld, auch wenn für den Währungseratz die Umtauschmöglichkeit gegen französisches Geld gegeben ist und auch wenn er bei seiner Schaffung durch die französischen Regierungsstellen als „französisches Geld“ bezeichnet wird. Unter französischem Geld im Sinne der angezogenen Bestimmung des Versailler Vertrages kann einzig und allein das in ganz Frankreich gültige Währungsgeld — Hartgeld oder Banknoten —, das auch im internationalen Verkehr als französisches Geld angesehen wird, verstanden werden. Es würde nun zweifellos der zitierten Bestimmung des § 32 des Saarstatutes zuwiderlaufen, wenn man einem Währungseratz, der kein französisches Geld im Sinne der erwähnten Bestimmung ist, Zwangskurs gegenüber den französischen Währung verleihen würde, d. h. wenn man jemanden zwingen würde, als Bezahlung einer in französischer Währung ausgedrückten Schuld den Währungseratz anzunehmen. Dieser Zwang würde nämlich eine Behinderung des Umlaufes des französischen

Geldes im Saargebiet darstellen, wobei davon auszugehen ist, daß die durch den § 32 gewährleistete Umlaufsfreiheit des französischen Franken nicht nur die Möglichkeit, in dieser Währung zu zahlen, sondern auf der anderen Seite auch die Möglichkeit sicherstellt, den Schuldner zur Bezahlung nur in dieser Währung zu verpflichten. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Regierungskommission bei dieser einfach und klar zutage tretenden Rechtslage niemals die Hand dazu reichen wird, dem Währungseratz einen Zwangskurs gegenüber dem französischen Franken zu verleihen. Die daraus sich ergebende Unmöglichkeit, eine in französischen Franken ausgedrückte Schuld im Saargebiet gegen den Willen des Gläubigers in Währungseratz zu bezahlen, muß jede Wirkung der Umtauschmöglichkeit des Währungseratzes gegen französische Franken aufheben. Die Kursentwicklung des Währungseratzes wird damit losgelöst von der des französischen Franken und das Ausmaß des Disagios wird unübersehbar.

Die Wirkung des Disagios und die daraus entspringenden Schädigungen für das saarländische Wirtschaftsleben wollen wir nicht in einzelne ausmalen. Hervorgehoben haben wir schon die Notwendigkeit, für jede Außenhandelsbeziehung des Saargebietes eine Umwälzung vorzunehmen, die notwendigerweise das Wirtschaftsleben auf das härteste belasten wird. Im inner-saarländischen Verkehr wird für den Eigentümer des Währungseratzes durch das Disagio notwendigerweise eine erhebliche Verteuerung in der Lebenshaltung hervorgerufen. Gerade die Arbeitnehmer-schaft und mit ihr die gesamten Wirtschaftskreise des Saargebietes sehen in der letzteren Wirkung

die Gefahr erneuter Schwierigkeiten und Verwickelungen, die die gegenwärtige Lage des Saargebietes angesichts der Kreditnot, die übrigens wesentlich auf die ablehnende Haltung der Bank von Frankreich zurückzuführen ist,

und vor allem angesichts der ungelösten Zollfrage bis zur Unträglichkeit belasten würde. Wir glauben bestimmt annehmen zu können, daß die Regierungskommission sich diesen Gefahren nicht verschließt, halten es aber für unsere Pflicht, rechtzeitig unsere warnende Stimme zu erheben.

Hinsichtlich der rechtlichen Seite der Frage müssen wir noch folgendes hervorheben:

Wie schon erwähnt, hat der französische Finanzminister in seinen Ausführungen im Finanzbericht darauf hingewiesen, daß im Saargebiet ohne gesetzliche Ermächtigung französischerseits und ohne Vertrag des Saargebietes mit Frankreich der französische Franken als gesetzliche Währung eingeführt worden sei. Wenn er daraus den Anspruch herleiten sollte, Frankreich könnte durch einseitige Maßnahmen dem Saargebiet statt des französischen Franken einen Währungseratz auferlegen, so wäre

diese Auffassung den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderlaufend.

Der § 32 des Saarstatuts bindet nicht nur die Saarregierung, sondern auch die französische Regierung als Vertragsteil des Versailler Vertrages und daher darf auch Frankreich kein Verbot und keine Beschränkung für den Umlauf des französischen Franken im Saargebiet erlassen. Der Wortlaut und die Sachstellung der zitierten Bestimmung läßt eine Auslegung dahin, daß nur die Regierungskommission des Saargebietes gebunden sein sollte, in keiner Weise zu.

Nur der Vollständigkeit halber möchten wir noch erwähnen, daß unseres Erachtens durch die Währungsverordnung vom 18. Mai, die die französische Währung als gesetzliche Währung im Saargebiet einführt, die Einführung des geplanten Währungseratzes im Saargebiet in keiner Weise gedeckt wird, wie schon des näheren ausgeführt, der Währungseratz keinesfalls französisches Währungsgeld ist.

Wir haben die vorstehenden Darlegungen, die angesichts der gebotenen Beschleunigung der Sache auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben, an die Regierungskommission gerichtet, um sie auf die drohenden Gefahren für das saarländische Wirtschaftsleben hinzuweisen, obwohl wir der Meinung sind, daß sie von sich aus bereits alles Erforderliche getan hat, um die mit den wirtschaftlichen Belangen des Saargebietes und mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht in Übereinstimmung zu bringenden Pläne des französischen Finanzministers abzuwehren. Wir können dabei aber nicht umhin, zum Ausdruck zu bringen, daß als beste Lösung für das Wirtschaftsleben, das dem Saargebiet die gewünschte Stabilisierung und der französischen Regierung andererseits die gewünschte Entlastung ihres Franken brächte, die

Aufhebung der Einführung des französischen Franken im Saargebiet und die Wiederintraffizierung der Mark als gesetzliches Zahlungsmittel

anzusehen ist.

Wir sprechen zum Schluß die ergebene Bitte aus, der Herr Präsident der Regierungskommission möge einer von uns zu ersendenden, aus vier Herren, Vertretern der Unternehmer und der

Arbeitnehmer, bestehende Abordnung Gelegenheit geben, die Befürchtungen und Wünsche der Wirtschaftskreise des Saargebietes mündlich vorzutragen und zu erläutern.

Handelskammer zu Saarbrücken,
J. A., J. B.: gez. Lütke.

Die Eingabe richtet schließlich an den Präsidenten der Regierungskommission die Bitte, eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeitnehmer, zu empfangen, um mit ihr diese Frage eingehend zu besprechen. Man hat bisher nichts erfahren, daß die Regierungskommission dieser Anregung gefolgt wäre. Lediglich in der Sitzung des Landrats vom 5. Februar teilte der Regierungskommissar Dr. Heim zur Frage der neuen Währung auf Grund einer entsprechenden Anfrage aus der Versammlung folgendes mit:

„Die Regierungskommission hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß sie sich voll und ganz der Bedeutung bewußt ist, die diese Frage für die Bevölkerung und für die Wirtschaft des Saargebietes hat. Sie verfolgt diese Angelegenheit mit außer-

ordentlichem Interesse und in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit. Dagegen ist die Regierungskommission bei dem Stande der Verhandlungen heute noch nicht in der Lage, eine Erklärung über die Angelegenheit abzugeben.“

Das heißt also mit anderen Worten: Die Regierungskommission verhandelt über diese Frage mit der französischen Regierung weiter, ohne daß sie es für notwendig hält, über den Stand der Angelegenheit, die aufs schärfste in das Lebensinteresse der Saarwirtschaft und damit der Bevölkerung des Saargebietes eingreift, die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu unterrichten. Sie wird vielmehr dieser erst von der „unabänderlichen Tatsache“ Kenntnis geben, daß mit dem sonundsovielten die Saarwährung entsprechend einer Abmachung mit der französischen Regierung eingeführt wird. Die Saarbevölkerung, um deren Wohlfahrt und Schicksal es geht, hat das Maul zu halten. Das erfordert die Auffassung, die Herr Raut von den „Rechten“ der Bevölkerung des Völkerbundeslandes hat!

Erst Versacken, dann — vielleicht!

Schon seit Wochen und Monaten sind Anzeichen dafür vorhanden, daß das Saargebiet immer mehr einem neuen Wirtschaftskampf entgegengeht, der einmal sich entwickeln muß aus der wirtschaftspolitischen Abtrennung von Deutschland und den dadurch herbeigeführten Abhängigkeitsverhältnissen und zum andern durch das ständige Sinken der Kaufkraft des Franken. Die Unternehmerschaft glaubt unter den sich ständig verschlechternden Abhängigkeitsverhältnissen und der noch zu erwartenden Steuererhöhungen auf Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft sich nicht einlassen zu können, wenn sie nicht völlig zum Erliegen kommen wolle, während auf der andern Seite nicht bestritten wird, daß die Löhne der Arbeitnehmer so gering sind, daß sie kaum noch das Existenzminimum erreichen. Der Arbeiterschaft kann es nicht zugemutet werden, unter diesen ungünstigen Lebensbedingungen weiter zu arbeiten, da sie über kurz oder lang wegen völliger Unterernährung schließlich arbeitsunfähig werden muß. Von dem Unternehmertum kann auf der anderen Seite nicht verlangt werden, daß durch Eingriffe in die Substanz die wirtschaftliche Basis ihrer Betriebe in ihren Grundfesten erschüttert wird.

In einem geordneten Staatswesen wäre es Pflicht der Regierung, einen Ausweg zu suchen und mit Staatsmitteln dort einzugreifen, wo die Möglichkeit zur Belebung der Wirtschaft durch Gewährung von Krediten gegeben ist. Die Regierungskommission für das Saargebiet, die im Falle der Stilllegung der köchlingschen Eisen- und Stahlwerke mit verdächtiger Geschäftigkeit sich der beschäftigungslosen Arbeiterschaft annahm, und damit zu erkennen gab, daß ihr der Zwischenfall für ihre politischen Nebenabsichten gute Dienste tat, sieht der hereinkommenden Katastrophe für das Saargebiet in jeder Beziehung untätig zu. Aber nicht nur das. Die Abmachungen, die Herr Raut mit der französischen Regierung in der Frage der Saarwährung und der Steuerabkommen getroffen hat, ohne die Vertreter der Bevölkerung oder der Wirtschaft zu hören, müssen sogar die Wirtschaftskatastrophe im Saargebiet noch beschleunigen. Zu den im Saargebiet gewiß nicht niedrigen direkten Steuern treten durch das Steuerabkommen der Saarregierung mit Frankreich hohe indirekte Steuern, wie sie in Frankreich üblich sind, weil Frankreich dadurch Ersparnisse in der Unterhaltung von Zollpersonal macht. Diese Ersparnisse gehen auf dem Wege der indirekten Steuern selbstverständlich auf Kosten der Saarwirtschaft und der Saargebietsbevölkerung allgemein. Mit der geplanten Einführung der neuen Saarwährung schwindet für die Saarwirtschaft in noch weiterem Maße die Möglichkeit als bisher, Kredite für das Saargebiet zu erlangen. Da das neue Saargeld lediglich im Saargebiet Gültigkeit haben wird, und bestenfalls noch im angrenzenden Elsaß-Lothringen in Zahlung genommen werden soll — ob es in Zahlung genommen wird ist noch eine zweite Frage — bietet selbstverständlich keinerlei Ansporn für irgend eine Finanzgruppe, Kredite ins Saargebiet zu geben. Die Kreditnot im Saargebiet wird sich also verschärfen, und sich durch zunehmenden Mangel an Betriebskapital bemerkbar machen. Welches die weiteren wirtschaftlichen Folgen sein müssen, läßt sich unschwer voraussagen.

Es heißt bereits, daß Anzeichen bestehen, wonach sich das französische Kapital aus der Saarwirtschaft herausziehen will, weil es fürchtet, bei längerem Verweilen im Saargebiet unter die Räder zu kommen. Da die saarländische Industrie in ihrem größten Teil mit französischem Kapital überfremdet ist, so ist

erklärlich, daß das französische Unternehmertum nicht die geringste Neigung verspürt, den Lohnforderungen der Arbeiterschaft irgendwie entgegenzukommen. Es läßt sich zum größten Teil auf Verhandlungen überhaupt nicht ein, und erklärt seine ablehnende Haltung damit, daß es nicht in der Lage sei, irgendwelche Lohnerhöhungen zu gewähren. Es ist daher in der Fertigungsindustrie bereits zur Niederlegung der Arbeit gekommen, wobei allerdings die christlichen Gewerkschaften sich gegen einen Streik ausgesprochen, weil man der Auffassung ist, daß zurzeit ein solcher Streik keinerlei Erfolgsaussichten habe.

Auch im Saarbergbau herrschte äußerste Krisenstimmung und die Frage eines neuen Bergarbeiterstreiks stand bereits zur allgemeinen Erörterung. Die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken lehnte jedes Entgegenkommen ab, weshalb sich eine Abordnung der Saarbergarbeiterorganisationen nach Paris begab, um mit der französischen Generaldirektion zu verhandeln. Diese hat sich zu einem gewissen Entgegenkommen schließlich bereit erklärt, nachdem die Abordnung erklärte, daß bei Ablehnung jeglicher Lohnerhöhungen der Streik unvermeidlich sei. Diesen aber wollte man mit Rücksicht auf die politischen Wirkungen im Ausland und auch aus finanziellen Gründen vermeiden, da trotz der Behauptungen des Herrn Raut durch das Raubbausystem der französischen Grubenverwaltung an der Saar und trotz der hohen Beträge, die aus den Überschüssen der Saargruben für französische Propagandazwecke im Saargebiet Verwendung finden, immerhin noch eine ansehnliche Prämie aus den Saargruben herausgewirtschaftet wird. Das, was die Bergarbeitervertreter in Paris erreichten, entsprach nicht dem, was die Arbeiterschaft mit Recht zu fordern berechtigt war. Die Bergarbeiter haben sich jedoch schließlich nach dem Bericht, der ihnen durch ihre Organisation in Revierkonferenzen gegeben wurde, unter Protest mit diesen Abmachungen einverstanden erklärt, in der Erwartung, daß die zugewilligten Erhöhungen eine weitere Heraushebung erfahren. Somit ist also ein zweiter Bergarbeiterstreik auf den Saargruben verhindert worden. Ob die Ruhe lange andauern wird, ist eine andere Frage. Anscheinend hatte man in Paris die Lage nicht für so ernst angesehen, und deshalb die übliche Pressepropaganda noch nicht eingeleitet. Schon aber melden französische Blätter, die den Propagandafeldzug für einen ersten Bergarbeiterstreik an der Saar vorbereiten. So ließ sich der „Matin“ bereits vernehmen, daß von Berlin aus ein Bergarbeiterstreik an der Saar diktiert worden sei, um Frankreich an der Saar Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist die bekannte französische Methode, immer Deutschland als den schwarzen Mann hinzustellen, wenn die französische Politik an Rhein, Ruhr oder an der Saar etwas zu verdunkeln hat. Es ist die bekannte französische Methode, „haltet den Dieb“ zu schreien, wenn Frankreich selbst dieser Dieb ist. Aus den Verdächtigungen des „Matin“ in Fragen des Saargebietes muß man also schließen, daß von Frankreich aus ein neuer Schurkenstreik im Saargebiet gegen die Bevölkerung geplant ist. Die Bevölkerung glaubt man dadurch mürbe zu machen, daß man das Saargebiet wirtschaftlich in den Abgrund führt und dann der Bevölkerung den Schmachttrennen umlegt. Die Franzosen kennen ja keine andere Politik als Zuckerbrot und Peitsche. Einmal wenden sie dieses, ein andermal jenes an. Augenblicklich versuchen sie es an der Saar wieder mit der Hungerpeitsche.

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Das Saargebiet in der französischen Kammer.

Am 31. Januar kam in der französischen Kammer die Sprache auch auf das Saargebiet. Der sozialdemokratische Abgeordnete Uhry besprach in kritischer Weise die Verhältnisse bei den Besatzungstruppen im Rheinland, wobei er auch auf die Zustände im Saargebiet zu sprechen kam. Er führte nach einem Eigenbericht der „Saarbrücker Zeitung“ hierzu folgendes aus:

Sie wissen, daß wir uns im Saargebiet aufhalten kraft des Friedensvertrages. Die Saarbevölkerung ist in ihrer Mehrzahl katholisch und Frankreich günstig gesinnt (sympathique à la France). Man muß die religiösen Empfindlichkeiten schonen und die freie Kundgebung aller Glaubensbekenntnisse ermutigen und die Freiheit der Meinungsäußerung auch jenen Bewohnern gestatten, die evangelisch oder freigeistig sind. Der Bericht des zweiten Berichterstatters Lamoureux über das Budget des Auswärtigen Amtes teilt mit, daß da unten im Saargebiet französische Priester tätig sind, die ein Gehalt bekommen, das sich durch „Förderprämien“ auf 30 000 bis 45 000 Franken beläuft, obwohl diese Priester niemals in die Grube fahren. (Lachen auf der Linken.) Die Bergarbeitergewerkschaften protestieren gegen diese Tatsachen und auch dagegen, daß auch die lutherischen oder freigeistigen Bergarbeiter zu der Bezahlung dieser Priester beitragen müssen. (Sehr gut auf der Linken.) Andererseits wurden 250 000 Franken ausgegeben, um eine Kapelle im Saargebiet zu bauen, also in einem Gebiet, das uns in wenigen Jahren vielleicht nicht mehr gehören wird. Und das alles geschah zu einer Zeit, wo die Kredite für die besetzten Gebiete fehlten. Der Ministerpräsident hatte angekündigt, daß man die vollständige Neutralität auf religiösem Gebiet wahren würde, aber am 14. Oktober 1921 wurde von der Grubendirektion eine Mitteilung veröffentlicht, in der die Bergarbeiter aufgefordert wurden, einem Kirzgang beizuwohnen. Im Jahre 1924 wurde sogar ein Dienstbefehl mit einer Einladung ähnlicher Art an den amtlichen Anschlägen veröffentlicht. Gewiß, die überzeugten Freidenker haben dieser Einladung oder diesem Dienstbefehl nicht allzu rasch Folge geleistet. Aber angesichts dieses Papiers, das von dem Chefingenieur unterzeichnet war, kann man sich wohl denken, daß die Hasenfüße in die Kirche gegangen sind.

Ministerpräsident Herriot ergreift das Wort und erklärt: Ich bitte den Abg. Uhry, zwei voneinander unabhängige Verwaltungen im Saargebiet unterscheiden zu wollen. Die allgemeine Verwaltung des Saargebietes ist einer fünfsgliedrigen Kommission unterstellt, die vom Völkerbund ernannt ist. Der Präsident dieser Kommission ist ein Franzose, ein alter Beamter der Republik, Rault, der bereits zahlreiche Beweise für seine Ergebenheit an Frankreich und die Republik gegeben hat. Aber es ist notwendig, daß man in diesem Gebiet Zurückhaltung zeigt, denn der Völkerbund ist allein berechtigt, über die Erfolge dieser Verwaltung zu urteilen. Die andere Verwaltung im Saargebiet ist die Verwaltung der Dominalgruben. Die Kammer hat in dieser Beziehung alle Freiheiten, die ihr notwendig erscheinenden Bemerkungen zu machen. Wenn es wahr ist, daß sich die Bergarbeiter über die französischen Geistlichen der Bergverwaltung beschwerten, dann habe ich zu bemerken, daß die deutschen Bischöfe zum Teil in dieser Angelegenheit eine Rolle spielen. Man muß also die Nachrichten, die uns in diesem Punkte zu gehen, kritisch betrachten. Der ganze Gegenstand ist sehr delikat, vielleicht wäre es deshalb doch vorzuziehen, wenn man darüber in meinem Arbeitszimmer spräche. Es ist sicher, daß verschiedene Beamte in der Grubenverwaltung Partei gegen die Republik ergriffen haben. Das ist ein Skandal, dem ich ein Ende bereiten werde. Aber ich wiederhole, daß man sehr vorsichtig über diese internationalen Fragen sprechen muß.

Der Abg. Uhry fährt in seiner Rede fort und sagt: Ich habe nicht die Verwaltung des Völkerbundes kritisieren wollen, aber halten sie sich nur an den Bericht des zweiten Berichterstatters Lamoureux und Sie werden feststellen, daß die Finanzkommission der Kammer erklärt — und zwar in der deutlichsten Form —, daß mit den Mißbräuchen im Saargebiet, die ich mitgeteilt habe, ein Ende gemacht werden muß. Was die Propaganda anbetrifft, die der deutsche, für das Saargebiet zuständige Bischof betreibt, so habe ich darüber von dieser Bühne bereits gesprochen. Man hat im Saargebiet den Bischof von Trier feierlich eingeführt, der doch erklärt hat, „ich werde Frankreich bekämpfen“, und hat ihn im Saargebiet eingeführt unter den Klängen der Musik des französischen Infanterieregiments 251. Ich finde es ja natürlich, daß die Katholiken im Saargebiet Propaganda machen. Wir haben auch im Saargebiet eine Musikkapelle, die uns 274 000 Fr. kostet. Das ist ausgezeichnet, erklärte der Berichterstatter, aber es ist doch wirklich unnötig, die Musik des 251. Infanterieregiments anrücken zu lassen, um den Bischof von Trier zu empfangen und den General Franch an dieser Zere-

monie teilnehmen zu lassen. Schließlich will ich noch etwas erwähnen. Man verteilt an die Kinder der Schulen Karten, die sie verteilen sollen. Auf diesen Karten steht: „Familiennamen, Taufname, Geburtsdatum, Datum der Taufe.“ Diese Karten werden auf Kosten unseres Budgets bezahlt. Weiter ist es nicht mehr länger zulässig, daß ein Akademielehrer die Kontrolle über den Katechismus-Unterricht der Kinder ausübt. Ich bin der festen Ansicht, daß alles das unserer Politik der Neutralität direkt entgegenläuft. Respektieren wir die katholischen Kundgebungen im Saargebiet, aber wir dürfen den katholischen Kultus nicht zum öffentlichen Kultus im Saargebiet unter dem Schutze des französischen Staates machen.

Ministerpräsident Herriot ruft dazwischen: Es gibt auch ein saarländisches Gesetz.

Uhry fortsetzend: Gegen diese Mißbräuche sind schon oft und manchmal unberechtigte Kritiken erhoben worden, die gleichzeitig von der Zeitung der christlichen Bergarbeitergewerkschaften und der Zeitung der freien Gewerkschaften veröffentlicht worden sind. Ich wünsche, daß die Regierung und die Kommission zur Kontrolle der staatlichen Geschäftsabläufe sowie die Grubenkommission eine Untersuchung im Saargebiet anstellen, warum seit längerer Zeit die für die Gruben notwendigen Grubenhölzer, die bisher vom Saargebiet selbst geliefert wurden, jetzt von der Tschechoslowakei und von Desterreich geliefert werden.

Herriot ruft dazwischen: Sie haben Recht. Eine Untersuchung in diesem Punkte ist unbedingt notwendig.

Uhry fortsetzend: Wie ist es nur möglich, daß ein französischer Senator, ein Mitglied der republikanischen Union, der bisher von großen Waldungen ist, ausdrücklich zu dem Zweck ins Saargebiet berufen wurde, um Abschlüsse mit den Saargruben zu tätigen. Man hat erklärt, daß Frankreich als hervorstechendste Eigenschaft die Generosität zeige. Frankreich muß aber vor allen Dingen das Land der geschäftlichen Ehrlichkeit und der geschäftlichen Redlichkeit sein. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Machenschaften endlich unterbunden werden.

Der Abg. Ferry, der seinerzeit einen berühmt gewordenen Bericht über das Saargebiet verfaßt hat, führt aus: Ich kann die Worte des Abg. Uhry nicht ohne Protest hingenommen lassen. Ebenso nicht die des Ministerpräsidenten über das Personal der Saargruben. Man kann die republikanische Loyalität dieser Beamten nicht in Zweifel ziehen und man kann auch ihre Dienste die sie dem Lande getan haben, nicht verkleinern. Unsere Ingenieure haben Resultate erzielt, die die der deutschen Ingenieure übertreffen. Frankreich hat ein Recht darauf, stolz zu sein.

Zu den Ausführungen Uhrys wäre manches zu sagen, sie enthalten viele Schiefeiten. Vor allem muß mit aller Entschiedenheit seine Behauptung zurückgewiesen werden, „die Saarbevölkerung sei in ihrer Mehrzahl katholisch und Frankreich günstig gesinnt“. Uhry ist nicht berechtigt, aus ganz vereinzelter Ausnahmen Rückschlüsse auf die Gesinnung der Gesamtheit der Bevölkerung zu ziehen. Wenn Kotton aus irgendwelchen Gründen der französischen Politik gefolgt ist, dann bedeutet das nicht, daß die gesamte katholische Bevölkerung es Herrn Kotton gleich täte. Gerade die scharfe ablehnende Stellung des größten Teils der katholischen Bevölkerung gegenüber den Machenschaften eines Kotton und Colling beweisen das Gegenteil der Ausführungen Uhrys. Auch die Dummereien eines Schöttler sind selbstverständlich nicht geeignet, auf den Geist der Bevölkerung zu schließen, um so weniger, als Schöttler ein aus Düsseldorf importierter Französling ist, der aus der Notlage des Vaterlandes materiellen Nutzen zu ziehen für gut hält. Er wird sich eines schönen Tages davon überzeugen können, daß seine Tätigkeit das Gegenteil von dem bewirkt hat, was er erstrebte.

Aus der Diskussion über das Saargebiet in der französischen Kammer ist noch eine Bemerkung Herriots beachtenswert. Auch Herriot, der Sozialist und angebliche Annexionsfeind, erklärt, daß „Rault bereits zahlreiche Beweise für seine Ergebenheit für Frankreich“ erbracht. Worin die Ergebenheit Raults Frankreich gegenüber besteht, ist hinreichend bekannt. Der Beauftragte Major Richerts in der Pressestelle der Saarregierung, Dr. Frey, hat das seinerzeit sehr eindeutig ausgesprochen, „er ist bemüht, nachträglich das zu erreichen, was englischer Reid und amerikanische Mißgunst in Versailles nicht zuließ“, d. h. also, Herr Rault ist bemüht, die in Versailles erstrebte aber nicht geglättete Annexion des Saargebietes nachträglich zu erreichen. Und für diese Tätigkeit zollt der Sozialist und angebliche Annexionsfeind Herriot Herrn Rault Anerkennung. Auch den Satz des Herrn Herriot wird man sich gut merken müssen: „Der ganze Gegenstand ist sehr delikat, vielleicht wäre es deshalb doch vorzuziehen, wenn man darüber in meinem Arbeitszimmer spräche.“ Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß Herriot über gewisse politische Dinge im Saargebiet nicht öffentlich gesprochen wissen wollte, weil aus einer solchen öffentlichen Besprechung von der französischen Saarpolitik

der Eindruck gewonnen werden könnte, als verfolge Frankreich im Saargebiet besondere politische Ziele, die man nicht näher bekannt werden lassen möchte. Auch diese Bemerkung macht dem Sozialisten Herriot alle mögliche Ehre. Aus diesen wenigen Bemerkungen, die in der französischen Kammer unter dem Regime Herriot gefallen sind, kann man also schließen, daß das System der französischen Saarpolitik sich noch nicht geändert hat, und daß

es noch immer nach den Anweisungen befolgt wird, die einst der französische Minister Roucheur Herrn Kault gelegentlich seines Besuchs in Saarbrücken im Namen der französischen Regierung übermittelt hat. „Nicht eingedenk zu sein, was Frankreich von ihm erwartet“. Diese Anweisung besteht also noch heute und lautet wie bisher: Frankreich betreibt mit allen Mitteln die Annexion des Saargebiets!

Kennel und Kault.

In den Veröffentlichungen seiner Erlebnisse als Epitaph der Saarregierung hat Kennel öffentlich festgestellt, daß die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebiets im Auftrage der Regierungskommission Epitaph unterhielt, die Materialfabrizieren mußten, das gegen die Saarbevölkerung von der Saarregierung ausgenutzt wurde. Es steht fest, und die Regierungskommission hat es bis jetzt nicht zu bestreiten versucht, daß Kennel durch die Oberste Polizeiverwaltung von der Regierungskommission den Auftrag erhielt, „Dokumente“ anzufertigen, die das Vorhandensein geheimer Organisationen im Saargebiet nachweisen sollten, die den Nachweis erbringen sollten, daß diese „Geheimorganisationen“ mit solchen im unbesetzten Gebiet in Verbindung stehen, in der offensichtlichen Absicht, gegen die Regierungskommission, gegen den Versailler Vertrag, gegen die Besatzungstruppen und gegen das Regime im Saargebiet gewaltsam vorzugehen. Diese von Kennel angefertigten Dokumente mußten bei einer zwischen Oberster Polizeiverwaltung und Kennel verabredeten Hausdurchsuchung bei Kennel „gefunden“ werden, und dieses „Material“, dessen Entstehung und Herkunft der Regierungskommission in jedem Umfange bekannt war, diente ihr bekanntlich dazu, um u. a. ihre bekannte Maulkorbverordnung in Genf zu „begründen“.

Die Veröffentlichungen des Bekenntnisses des Epitaphs Kennel, liegen nunmehr 8 bis 10 Wochen zurück. Die Regierungskommission hat sich wohl gehütet, zu diesen Veröffentlichungen irgendwie eine Erklärung abzugeben. Sie hat lediglich veranlaßt, daß der bisherige Leiter der Obersten Polizeiverwaltung, der verlichtigte Herr Adler und sein Epitaph Kolliu „ihrer Posten entbunden“ wurden. Sie hat weiter zu erkennen gegeben, daß nach einstimmigem Beschluß der Regierungskommission die Oberste Polizeiverwaltung als selbständige Abteilung aufgelöst und der Abteilung des Innern, die dem Präsidenten Kault untersteht, direkt zugeteilt wurden. Als Leiter der Polizeiverwaltung wurde der ebenso bekannte Dr. Heimburger ernannt. Das ist alles. Im übrigen hat sich die Regierungskommission, obwohl Herrn Kolliu durch die Veröffentlichungen des Kennel Urkundenfälschung nachgewiesen wurden, von diesem Herrn, dessen Dienste ihr anscheinend außerordentlich wichtig sind, nicht trennen können. Er fand sofortige Weiterbeschäftigung in der französischen Propagandastelle, wie sie seinerzeit von Herrn Richert gegründet und in Zimmer 27 der Bergwerksdirektion untergebracht worden ist. Diese Propagandastelle arbeitete von jeher mit der Obersten Polizeiverwaltung des Saargebiets, vor allem mit Herrn Adler und Kolliu, Hand in Hand. Durch seine Beschäftigung in der Propagandastelle läßt also Herr Kolliu seine Tätigkeit gegen die Saargebietsbevölkerung genau so aus, wie er es in seiner Eigenschaft als Beamter der Regierungskommission tat.

In der Sitzung des Landestrats am 5. Februar wurde festgestellt, daß die Regierungskommission in der Kennelaffäre nicht das Geringste unternommen hat. Die Regierungskommission hat auch wie schon erwähnt, keinen Anlaß genommen, öffentlich Stellung zu dieser Angelegenheit zu nehmen, obwohl mehrere strafrechtliche Vergehen Kollius vorliegen. Gegen diese Anklagen im Landestat wurde von der Regierungskommission erklärt,

„daß die Staatsanwaltschaft im Falle Kennel nur nach der ihr von der Regierungskommission erteilten Anweisung gehandelt habe. Diese Anweisung sei auf Grund eingehender Prüfung der Sachlage, welche keine strafbare Handlung ergeben habe, erteilt worden.“

Diese Erklärung der Regierungskommission ruft um so größere Ueberraschung und Verwunderung hervor, als der Verfasser der Bekenntnisse eines Saarpitaphs, nämlich Herr Kennel selbst, sich wie Herr Adler und Kolliu unbehindert im Saargebiet bewegen dürfen. Der Aufenthaltsort Kennels ist Wiebelskirchen bzw. Neunkirchen, wo er ganz offen auftritt, kein Staatsanwalt darf ihm etwas zu Leide tun! Man fragt sich unwillkürlich, welches ist der Grund, daß die Regierungskommission nicht den Veranlasser der Bloßstellung der Regierungskommission zur Verantwortung zieht? Man fragt sich ferner, weshalb die Regierungskommission gegen Beamte wie Adler und Kolliu strafrechtlich nicht vorgeht, obwohl diesen die schwersten und ungeheuerlichsten Amtsverbrechen nachgewiesen worden sind. In der letzten Denkschrift der politischen Parteien des Saargebiets ist unter anderem

darauf hingewiesen, daß etwa 40 französische Beamte, die sich in höchsten leitenden Stellen der Saarregierung befinden, nicht der Regierungskommission bzw. der Völkerbundverwaltung vereidigt worden sind, sondern daß für diese noch immer und nur allein der Treueid gegenüber der französischen Regierung besteht. Die Regierungskommission hält sich aus diesem Grunde gar nicht für befugt, gegen diese französischen Beamten auf Grund der bestehenden saarländischen Gesetze vorzugehen. Sie scheint diesen Beamten eine Art Exterritorialität zuzubilligen, so daß sie tun können, was ihnen beliebt, sei es selbst Urkundenfälschung, Silberdiebstahl, Mordanstiftungen und anderes, Delikte, die sonst auch bei Exterritorialen auf Grund der bestehenden Strafgesetze verfolgt werden. Auf der anderen Seite spricht vielleicht noch die andere Tatsache mit, daß diese Herrschaften wie Adler, Kolliu, Kennel und Genossen über gewisse Vorgänge innerhalb der Regierungskommission in einem Umfange unterrichtet sind, daß die Regierungskommission fürchtet, falls sie gegen diese Beamte vorgehen würde, es könnten Enthüllungen gegen das Saarregime in die Öffentlichkeit kommen, die die Saarregierung in das übelste Licht rücken müßten. Andere Erklärungen für ein solches Verhalten gibt es nicht.

Es wird auch in diesem Fall Aufgabe der politischen Parteien sein, über diese Dinge den Völkerbund genauestens zu unterrichten. Er soll und muß wissen, welcher Art die treuhänderische Tätigkeit der Saarregierung ist, mit welchen Mitteln und in welcher Art der Völkerbundsauftrag durch die Saarregierung sabotiert wird, ohne daß bisher etwas geschah, um diesen unhaltbaren Dingen ein Ende zu machen. Kault-Kennel stellen ein System dar, das mit dem Namen des Völkerbundes aufs engste in Verbindung gebracht werden muß. Wenn der Völkerbund dieses System verurteilt, dann muß er mit der Reinigungsarbeit dort beginnen, wo der Kopf des Systems sitzt. Das ist der Präsident selbst, dem heute nach seiner Anordnung die Oberste Polizeiverwaltung direkt unterstellt ist. Das bedeutet also, daß das politische System Kault-Kennel auch ohne Adler und Kolliu weiter verfolgt werden wird mit Hilfe von — Adler und Kolliu.

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Opl.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94

„Rechts“-Begriffe im Völkerbundsland.

Die Saarregierung sabotiert die Rechtsprechung.

Unter der Überschrift „Die Probe aufs Exempel“ haben wir in unserer Nummer 3 vom 1. Februar mitgeteilt, daß im Auftrage der Beamtenorganisationen des Saargebietes zwei Beamte gegen die Regierungskommission Klage auf Erfüllung des Paragraphen 31 des Beamtenstatuts erhoben haben, der Gleichstellung mit den übrigen deutschen Beamten vorsieht. Die Verhandlung sollte am 4. Februar ds. Js. von der 5. Zivilkammer des Saarbrücker Amtsgerichts vor sich gehen. Es kam jedoch zu keiner Verhandlung, weil die Saarregierung sämtliche Richter der fünften Zivilkammer abgelehnt hat. In dieser Angelegenheit ist nun seitens der Richter Stellung zu nehmen. Erklären sie sich als nicht befangen, so steht der Regierungskommission noch Beratung beim Obergericht zu. Die Verhandlung wurde auf den 27. Februar vertagt.

Zu dieser Angelegenheit wird der „Saarbrücker Zeitung“ folgendes geschrieben:

Das Recht der Richterablehnung hat die Zivilprozessordnung nach § 42 einer Partei einmal in solchen Fällen eingeräumt, in denen der Richter kraft Gesetzes ausgeschlossen ist, dann aber auch, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu rechtfertigen. Von den Fällen der ersteren Art kommt hier nur der im § 41 Ziffer 1 aufgeführte Ausschließungsgrund in Frage, der voraussetzt, daß der Richter selbst Partei ist, oder zu der Partei im Verhältnis eines Mitberechtigten oder Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen steht, und zwar muß nach herrschender Ansicht eine unmittelbare persönliche Beteiligung der Mitberechtigung vorliegen, was im vorliegenden Falle zu verneinen sein dürfte. Bleibt nur der Ablehnungsgrund wegen Befangenheit und dieser scheint auch von der Regierung geltend gemacht worden zu sein.

Abgesehen davon, daß die Ablehnung eines ganzen Gerichts nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts unzulässig ist, daß vielmehr nach dieser nur einzelne Richter abgelehnt werden dürfen, hat der vorliegende Fall insofern eine besondere Bedeutung, als die ablehnende Partei der Staat selbst ist, der Staat, der seinen Richtern durch die Anstellung das Vertrauen schenkt, daß sie dieses Amt mit derjenigen Unparteilichkeit versehen, die für den Richterberuf eine *conditio sine qua non* bildet. Es muß also etwas geradezu Ungeheuerliches bezeichnet werden, wenn der Staat seine Richter für die Rechtsstreitigkeiten des Publikums für geeignet erachtet, ihnen aber die Qualifikation und das Vertrauen in dem Momente abspricht, in denen er selbst Partei ist. Was soll aber die Gesamtheit der Rechtsuchenden von Richtern halten, die der Staat selbst als parteiisch bezeichnet? Ist es nicht eine Zumutung für jene, wenn sie gezwungen werden, solchen Richtern ihre Rechtsstreitigkeiten zur Entscheidung anzuvertrauen? Für den Richterstand muß daher eine solche Ablehnung geradezu als ein Schlag ins Gesicht bezeichnet werden, als eine Beleidigung für ihre Richterehre, wie man sie sich trafter nicht vorstellen kann. Sollte den maßgebenden Herren der Regierungskommission nicht der Gedanke gekommen sein, daß ein Richterkollegium, im Interesse der Wahrung seiner Richterehre es sich ganz besonders angelegen sein lassen wird, in einem Falle, in dem es vielleicht selbst indirekt interessiert sein könnte, die Prüfung der Sach- und Rechtslage so peinlich und korrekt vorzunehmen wie es ihm nur möglich ist, um ja nicht den Verdacht einer parteiischen Stellungnahme aufkommen zu lassen? Man muß unbedingt auf den Gedanken kommen, daß die Regierungskommission, für die es an sich schon kein gutes Zeichen ist, daß sie sich von ihren Beamten verklagen läßt, nur allzu berechtigte Gründe haben mag, dem Ausgang des Prozesses mit Bedornis entgegenzusehen. Sonst würde sie kaum zu Mitteln gegriffen haben, die an den Gerichten zu großen Seltenheiten gehören und meist nur von faulen Schuldnern geltend gemacht werden, welche nach einem solchen Strohhalm fallen, um den Prozeß zu verschleppen. Man wird gespannt sein können, wie das Obergericht in Saarlouis, welches über das Ablehnungsgesuch zu entscheiden hat, beschließen wird. Bejaht es die Berechtigung der Ablehnung, so hat die Regierung ihr Ziel erreicht: Der § 149 des Reichsbeamtengesetzes, welcher für die Verfolgung von Gehaltsansprüchen der Beamten den ordentlichen Rechtsweg zuläßt, wird ausgeschaltet und die Beamten im Saargebiet sind in der den Rechtsstreit bildenden Frage gegen das Gesetz rechtlos gemacht.

Wenn aber die Regierung die Ablehnung des Landgerichts in der ehrlichen Überzeugung, daß die Richter infolge ihrer indirekten Beteiligung an der zu entscheidenden Gehaltsfrage befangen sein müssen, veranlaßt hat, so wird sie logischer Weise gegebenen Falles auch das Obergericht ablehnen müssen. Denn auch die Oberrichter werden aus einer Anpassung der Gehälter der übrigen Saarbeamten an die Reichsgehälter evtl. gehaltliche Vorteile erreichen, da sie bei einer allgemeinen Aufbesserung höchstwahrscheinlich nicht zurückbleiben können. Erfolgt diese Ab-

lehnung nicht, so dokumentiert die Regierung, daß sie von dem Obergericht erwartet, in eigener Sache nicht im Stich gelassen zu werden, ein Vertrauensvotum, das evtl. auch als nicht gerade schmeichelhaft aufgefaßt werden kann.

*

Die autokratische Regierungsweise des Herrn Kauls.

Am 3. Februar hat die französische Regierung der französischen Kammer den Text zweier Abkommen zugehen lassen, die am 15. Januar in Paris zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission für das Saargebiet unterzeichnet wurden. Es handelt sich, wie es in einer Pariser Meldung hieß, um Maßnahmen, die „auf Grund von Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles“ ergriffen werden, wonach nach dem 10. Januar die zollfreie Einfuhr von Waren deutscher Herkunft aufgehört hat. Das erste Abkommen betrifft den Tabak. Es steht vor, daß für das Saargebiet das Tabakmonopol nicht eingeführt wird, sondern daß die Privatindustrie weiter zu belassen ist, jedoch mit der Bestimmung, daß nicht mehr Tabak in den Handel gehen darf als pro Person drei Kilogramm. Das zweite Abkommen betrifft die indirekten Steuern und regelt die für die Einfuhr und Ausfuhr zu treffenden Bestimmungen. Es setzt den Verbrauch von Alkohol pro Kopf der Bevölkerung auf nicht mehr als 3½ Liter fest. Außerdem wird bestimmt, daß im Saargebiet die Umsatzsteuer, die Steuer auf Automobile, Motorräder und Fahrräder eingeführt wird. Die Regierung verlangt die rasche Annahme dieser beiden Abkommen und erklärt, daß, wenn sie seitens des Parlaments genehmigt würden, man in Verbindung mit den im Saargebiet selbst zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen eine Garantie geben könne, daß die Überwachung, die an der Südgrenze des Saargebietes aufgerichtet wurde, regelrecht funktionieren würde.

So lautet die Pariser Meldung, aus der sich ergibt, daß zwischen der französischen und der Regierungskommission bereits am 15. Januar in Paris ein Abkommen unterzeichnet wurde, von dessen Inhalt, von dessen Existenz niemand im Saargebiet eine Ahnung hatte. Es ist ja möglich, daß Herr Kauls sich bewegen fühlen wird, dieses bereits ratifizierte Abkommen dem Bundesrat zur „Begutachtung“ vorzulegen. Die Tatsache, daß das Abkommen jedoch bereits perfekt ist, beweist, daß er gar nicht daran denkt, irgendwelche etwa zu erhebenden Einwände zu berücksichtigen. Herr Kauls betrachtet das Saargebiet einfach als eine Kolonie Frankreichs, in der allein sein Wort und sein Wille ausschlaggebend ist. Trotzdem handelt es sich hier um Maßnahmen der Regierungskommission, die gegen die Bestimmungen des Paragraphen 23 und 26 des Saarstatuts verstoßen. Danach dürfen keine Gesetzes- oder Verordnungsänderungen eintreten, vor allem darf das Steuersystem nicht geändert werden, ohne daß vorher die gewählten Vertreter der Bevölkerung hierzu ihre Zustimmung gegeben haben. Solche vertraglichen Festlegungen hindern selbstverständlich Herrn Kauls nicht im geringsten daran, die Abmachungen mit einer ausländischen Macht zu treffen, die er zur Ausbeutung des Saargebietes eben durch diese fremde Macht für zweckmäßig hält. Es geht ja alles nur auf Kosten der Wohlfahrt und der Rechte der Bevölkerung an der Saar, für deren Schutz und Sicherung er eingesetzt wurde.

Wie er diese seine Aufgabe auffaßt, hat er erneut durch seine Abmachungen mit der französischen Regierung bewiesen. Ihn kümmert nicht Recht, nicht Vertrag, nicht Völkerbund, für ihn ist nur maßgebend das Interesse Frankreichs. Herr Kauls ist offenbar der Meinung, daß er auch fernerhin sich gegen den Völkerbund jede Herausforderung herausnehmen darf. Mit den neuen Steuermaßnahmen haben sich kürzlich die Vertreter des Handels mit Mineralölen und der an dieser Frage interessierten Verbraucherschaft befaßt. Die Einführung einer besonderen indirekten Steuer für Benzin, ferner die für Benzin in doppelter Höhe geforderte Umsatzsteuer von 2,6 Prozent ist lediglich auf Veranlassung der französischen Regierung im Saargebiet erfolgt, ohne daß sich die Regierungskommission mit den in Frage kommenden Wirtschaftskreisen in Verbindung gesetzt hat. Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf das Doppelte, nämlich 2,6 Prozent, für eingeführtes Benzin, bei dem der Verkäufer nicht im Ursprungsland selbst wohnt, hat in der bisherigen Umsatzsteuerregelung der Regierungskommission überhaupt keine rechtliche Stütze, sondern ist ohne zwingende Notwendigkeit dem französischen System nachgebildet. Auch muß im Interesse einer beschleunigten Abwicklung des Geschäftes verlangt werden, daß die Möglichkeit der Erwirkung der Einfuhrpapiere nach wie vor in Saarbrücken erhalten bleibt. Zurzeit müssen sämtliche Einfuhrbewilligungen in Paris eingeholt werden. Gegen die Günstigkeit weiterer Bestimmungen, die nur für Frankreich in

Frage kommen können, wurde ebenfalls Einspruch erhoben. Nach einer angestellten Berechnung machen die neuen Steuern und Abgaben eine Erhöhung des augenblicklichen Benzinpreises um mehr als ein Drittel aus. Die Fraktionen des Landesrates wurden über diese Fragen eingehend unterrichtet und um entsprechende Unterstützung gebeten.

Ueber die beiden hinter dem Rücken des saarländischen Landesrates von dem französischen Präsidenten der Regierungskommission am 15. Januar in Paris abgeschlossenen Abkommen mit Frankreich, gegen die in der letzten Landesratssitzung von den Parteien bereits nachdrücklich Einspruch erhoben worden ist, werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Vereinbarung sieht tatsächlich eine willkürliche Erhöhung bzw. Neueinführung indirekter Steuern im Saargebiet nach französischem Muster vor (Tabak, Alkohol, Automobil, Motorrad und Umsatzsteuer) und setzt Frankreich in die Lage, die Unterhaltung seines kostspieligen Zollapparates an der französisch-saarländischen Grenze aufzuheben, was eine Ersparnis für den französischen Fiskus bedeutet. Diese durch nichts gerechtfertigte ungeheure Belastung wird sich angesichts des Wirtschaftsverfalls im Saargebiet um so mehr bemerkbar machen, als das im Gegensatz zu Frankreich auf direkte Steuern aufgebaute deutsche Steuersystem bestehen bleibt.

Das Abkommen, welches die Lage der Saarwirtschaft auch sonst nachteilig zu verschlechtern droht und zu dessen Durchführung sich der französische Präsident der Regierungskommission verpflichtet (!) hat, stellt eine neue Verletzung des Versailler Vertrages dar, der im § 20 des Saartatuts ausdrücklich bestimmt, daß „keine neuen Abgaben ohne vorherige Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung erhoben werden dürfen“. Wie man jetzt hört, haben die Verhandlungen über diese wichtigen Abkommen ohne Wissen des Landesrats schon seit Ende Oktober 1924 geschwiebt.

Die Saareinwohnerschaft.

Unter dem 15. Juni hat die Regierungskommission des Saargebiets bekanntlich eine Verordnung über die „Eigenschaft als Saareinwohner“ erlassen. Diese Verordnung ist von Seiten der Bevölkerung des Saargebiets, wie überhaupt von deutscher Seite einer scharfen Kritik unterzogen worden, weil sie einmal jeder staatsrechtlichen Auffassung widerspricht und zum andern ein Novum darstellt, da sie eine Art neue Staatsangehörigkeit schafft. Vor allem aber richtete sich die Kritik dagegen, daß mit Hilfe dieser Verordnung die Möglichkeit geschaffen wurde, daß jeder in das Saargebiet einreisende Ausländer, besonders Franzose, nach kurzer Zeit die Saareinwohner-eigenschaft erlangen und damit die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für sich in Anspruch nehmen konnte, wie ein im Saargebiet geborener oder ein seit Jahrzehnten ansässiger Deutscher. Diese Verordnung schuf den ganz unerträglichen Zustand, daß ein Ausländer nach wenigen Monaten Staatsbürgerrechte erhielt, wie ein Alteingesessener, während ein Deutscher und selbst ein Saarländer überhaupt nicht in den Besitz der Aufenthaltsgenehmigung gelangen kann. Das ist nicht eine theoretische Möglichkeit, sondern leider ein Zustand, der sich zu Tausenden von Fällen zugetragen hat.

Nehmen wir z. B. den Fall des Herrn Kollin, der früher ein kleiner Postbeamter war, dann mit Waffenstillstand zum Spitzelstab des Herrn Richert ins Saargebiet kam und mit Eröffnung der Saarregierung Herrn Wler als Leiter der politischen Polizei der Regierungskommission zugeteilt wurde. Dieser Herr wurde mit Inkraftsetzung der Saareinwohnerverordnung, obwohl er niemals aufgehört hat, französischer Staatsangehöriger und französischer Beamter zu sein, selbstverständlich sofort Saareinwohner, während z. B. all die Saardeutschen, die zum Teil im Saargebiet geboren oder seit Jahrzehnten im Saargebiet ansässig waren, während des Bergarbeiterstreiks oder während des Beamtenstreiks oder bei anderen Gelegenheiten durch die französische Militärbehörde ausgewiesen wurden, bis auf den heutigen Tag nicht in die Rechte gekommen sind, die diese Saareinwohnerschaft mit sich bringt. Auch die im Saargebiet ansässigen, die aus irgendwelchen Gründen der Regierungskommission und ihren politischen Agenten nicht genehm sind, und die nicht von vornherein ihre Eigenschaft als Saareinwohner befestigten ließen, sind kaum in der Lage, das nachzutragen, was jedem Franzosen von selbst in den Schoß fällt.

So teilte am 1. Februar die „Saarbrücker Landeszeitung“ mit, daß die Regierungskommission „in ihrer Weisheit und in ihrer allbekannten Fürsorge für den Staatsfiskus die Entdeckung gemacht habe, daß die Bescheinigung über die Zuerkennung der Saareinwohnerschaft eine Urkunde ist, für die nach Tarifstelle 28 der Verordnung betr. die Stempelsteuer vom 21. August 1924 eine Stempelgebühr von 8 Frs. zu entrichten ist. Die untergeordneten Behörden haben mit Verfügung vom 17. Januar d. J. entsprechende Anweisung erhalten.“

Acht Franken ist nun an und für sich kein Riesensbetrag. Aber seine Erhebung erfolgt wegen einer Einrichtung, die nach An-

sicht der Saarbevölkerung höchst überflüssig ist und mit ihrer Wohlfahrt nichts zu tun hat; und die arme Witwe oder der Vater einer kinderreichen Arbeiterfamilie, die einen Paß haben müssen, oder die in die Wählerliste aufgenommen werden sollen, um ihre politischen Rechte ausüben zu können und keine Saareinwohner sind, weil sie aus irgendeinem Grunde in der Wählerliste von 1920 nicht aufgeführt sind, die hätten für diese acht Franken bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen wirklich bessere Verwendung, als sie für die Zuerkennung der ihnen selbstverständlich zustehenden Eigenschaft als Saareinwohner zu opfern.

Die Zahl derjenigen, die die Eigenschaft als Saareinwohner nach dem Wortlaut der Verordnung noch nicht besitzen, ist noch verhältnismäßig groß, so daß die Angelegenheit wirklich noch Bedeutung hat. Sehr viele von diesen werden z. B. eher auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichten, als daß sie zunächst noch acht Franken für die Zuerkennung der Saareinwohnerschaft auslegen. Man kann sich das Eindringen nicht erwehren, daß immer noch mit Fleiß dahingewirkt wird, um der angestammten saarländischen Bevölkerung die Ausübung ihrer politischen Rechte zu erschweren und zu verleiern. Es wäre zu wünschen, daß der Landesrat sich dieser Angelegenheit einmal annähme. Die erstmalige Mitteilung über die Verleihung der Eigenschaft als Saareinwohner müßte auf jeden Fall stempelfrei bleiben.

Ein schwieriger Fall.

Bekanntlich fanden am 27. Januar 1924 die Wahlen zum Saarländischen Landestat statt. Für diese Wahl hatten auch die Franzosen und Französlinge eine besondere Liste aufgestellt, die aber nicht so viel Stimmen auf sich vereinigte, daß auch nur ein Vertreter dieser Liste in den Landesrat hätte entsandt werden können. Die Bevölkerung hatte sich eben zu 99 Proz. für die deutschen Listen ausgesprochen. Dieses Ergebnis empfand man außerordentlich peinlich in der Alleestraße, ebenso peinlich in der Parallelstraße, wo Dr. Schöttler neben dem verantwortlichen Amt eines „Chefredakteurs“ auch noch das schwere Amt des ersten Vorsitzenden des Franzosenbundes zu verwalten hat. Und unangenehm empfand man dieses Wahlergebnis natürlich auch in Paris. Daher erging von dort her die Anweisung über die Alleestraße nach der Parallelstraße, gegen die Wahl Einspruch zu erheben, da bei dieser Wahl kombinierte Stimmzettel Verwendung gefunden hatten, die nicht handschriftlich, sondern auf mechanischem Wege hergestellt waren. Der Wahlausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Kommissar Dr. Maurer kam zwar nach tagelangen Beratungen zu der Auffassung, daß nach den Buchstaben des Wahlstatuts diese Stimmen nicht beanstandet werden können, der aber von der Alleestraße und von Herrn Schmöll angerufene Verwaltungsausschuß kam nach ebenso langen Verhandlungen zu dem Beschluß, daß der Wille des Gesetzgebers nur der gewesen sein könne, nur handschriftlich abgeänderte Stimmzettel sollten dem Wortlaut der Bestimmungen entsprechen. Also kam er zu einem salomonischen Urteil, dahingehend, daß die auf mechanischem Wege hergestellten Stimmzettel als ungültig zu betrachten seien. Gegen diese Entscheidung erhoben die Deutsch-Saarländische und die Zentrumsparteien Einspruch, mit dem sich das Saarlöscher Oberverwaltungsgericht zu befassen hatte. Wochen und Monate hat sich diese oberste saarländische Verwaltungsgerichtsstanz mit dieser Frage befaßt und ist schließlich zu der Entscheidung gekommen, daß der Beschluß des Verwaltungsausschusses aufzuheben sei. Nunmehr muß der Verwaltungsausschuß sich erneut mit der Frage befassen, ob auf Grund der abgegebenen auf mechanischem Wege hergestellten Stimmzettel die Landesratswahlen insgesamt ungültig sein sollen oder ob sie zu insgesamt zu bestätigen sind. Wir fürchten, daß die Entscheidung so außerordentlich schwer sein wird, daß sie kaum im Verlaufe der nächsten beiden Jahre gefällt werden kann. Dann hätte allerdings die Entscheidung nur noch historischen Wert, da inzwischen die Legislaturperiode des Landesrats abgelaufen sein wird.

Die Saarbrücker Landeszeitung gibt zu der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts noch eine Erklärung, wonach diese Entscheidung bereits als voller Erfolg der beschwerdeführenden Parteien zu betrachten sei. Nach der eindeutigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts könne der Verwaltungsrat den Einspruch, der gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben wurde, nur zurückgewiesen und die Wahl für gültig erklären, da aus den Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts zu folgern sei, daß die kombinierten Stimmzettel durch den Wahlvorstand und Wahlausschuß rechtsgültig für gültig erklärt sind. Zur Kompetenz des Verwaltungsausschusses gehöre es nicht mehr, über die Gültigkeit der Stimmzettel zu entscheiden. Die Gültigkeit der kombinierten Stimmzettel habe vielmehr der Verwaltungsausschuß für gegeben zu erachten. Demnach blieb ihm keine andere Entscheidung übrig, als die Einsprüche zu verwerfen und die Gültigkeit der Wahl zu bestätigen.

Es fragt sich nur, ob nicht die Regierungskommission ein Interesse daran hat, die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wieder durch irgendeine Maßnahme zu sabotieren.

Die Saarreparationen erfüllt.

Der in unserer Nummer 1 zum Abdruck gekommene Artikel unter der obigen Überschrift, der aus berufener Feder stammt, wurde auch von der „Saarbrücker Landeszeitung“ veröffentlicht. Auch die deutsche Presse hat von dieser Veröffentlichung nach dem Abdruck in der „Saarbrücker Landeszeitung“ Notiz genommen und sich die Auffassung des Verfassers zu eigen gemacht, daß nach den Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten über die vollständige Wiederinstandsetzung der zerstörten Gruben Nordfrankreichs und die dadurch herbeigeführte Erreichung der Vorkriegsförderung die Bestimmungen des Saarstatuts über die Sonderreparationen aus den Saargruben vollständig erfüllt sind.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkte zu den Ausführungen des Autors:

Auf Grund des Versailler Diktats sind die Saargruben in das Eigentum des französischen Staats übergegangen. Das Reich mußte die Eigentümer entschädigen. Sollte sich die Bevölkerung des Saargebietes durch die 1935 stattfindende Volksabstimmung für den Verbleib des Saarlandes beim Deutschen Reich erklären — was mit Sicherheit vorauszusetzen ist —, so hat Deutschland das Recht, die Saargruben zurückzukaufen. Juristisch hat die „Saarbrücker Landeszeitung“ mit ihren Ausführungen recht, denn der rechtliche Grund, auf dem sich der „Vertrag“ über den Eigentumsübergang der Gruben aufbaute, ist jetzt nach den eigenen Angaben des französischen Ministers weggefallen. Also mußte Frankreich die Gruben herausgeben. Im Völkerrecht aber spielt die Macht eine ausschlaggebende Rolle...

Die Aktionsfähigkeit der deutschen Regierung zur Zeit der entscheidenden Tage vor dem 10. Januar hat es wohl mit sich gebracht, daß man von amtlicher deutscher Seite all diesen Dingen nicht so nachgegangen ist, wie es erforderlich gewesen wäre. Wir möchten fast fürchten, daß eine der besten Gelegenheiten zur gerechten Lösung der Saarfrage verpaßt worden ist, nachdem man auch die Ausführungen des bekannten französischen Politikers und Publizisten und jetzigen diplomatischen Vertreters Frankreichs in Moskau, Herr Bette, nicht deutscherseits aufgegriffen hat, um eine öffentliche Aussprache über die Saarfrage zu entfachen.

Es ist durchaus begreiflich und im Saargebiet kein Geheimnis, daß man in christlichen französischen Kreisen seit langem davon überzeugt ist, daß der französische „Sonderanspruch“ auf die Saargruben längst erfüllt ist und daß sich deshalb weder die wirtschaftlichen noch die politischen Bestimmungen des Versailler Diktats über das Saargebiet mit dem Grundsatz des Rechtes und der Gerechtigkeit vereinbaren lassen. Außerdem fürchtet man in Frankreich, nachdem sich durch die mehrfachen Wahlen zu den örtlichen Vertretungen und zum Landesrat ergeben hat, daß die Bevölkerung an der Saar sich geradezu restlos zur deutschen Volksgemeinschaft bekennt, daß eine Abstimmung, wie sie nach dem Saarstatut im Jahre 1935 stattfinden soll, Frankreich eine außerordentlich unbequeme politische Niederlage und damit für die französische Politik, wie sie in Versailles betrieben wurde, eine große Blamage bringen muß. Deshalb wünscht man in diesen Kreisen, weil es im Interesse Frankreichs liegt, eine Lösung der Saarfrage, die eine Abstimmung der Bevölkerung möglichst ausschließt. Es würde sich nämlich dann für Frankreich für einen späteren Zeitpunkt immer noch die Möglichkeit ergeben, zu erklären, daß infolge „Frankreichs entgegenkommender Haltung“ die Frage über die politische Zusammengehörigkeit des Saargebietes noch nicht geklärt wurde. Damit würde Frankreich seine Ansprüche auf das Saargebiet „zu gelegener Zeit“ erheben können. Das sind wohl auch die Erwägungen gewesen, die Außenminister Dr. Stresemann in seiner Dortmunder Rede über das Saargebiet veranlaßt haben, zu fordern, daß „die Probe aufs Exempel“ gemacht wird, d. h. unter Berücksichtigung der französischen Mentalität hält Dr. Stresemann die Abstimmung im Saargebiet für erforderlich, um ein für allemal der Welt den Beweis zu erbringen, daß Frankreichs politische Ansprüche auf das Saargebiet unberechtigt sind, da über 99 Prozent der Bevölkerung sich nur ein Saargebiet im Verband des Deutschen Reiches denken können.

Der deutsche Städtetag und das Saargebiet.

Gelegentlich seiner Vorstands- und vorbereitenden Sitzung für den im Juni in Hannover stattfindenden Bundestag des Bundes „Saarverein“ richtete dieser ein Begrüßungstelegramm an den zu gleicher Zeit in Berlin tagenden Hauptauschuß des Deutschen Städtetages, worauf dieser mit folgendem Gruß an das Saargebiet antwortete:

„Herzlichen Dank für Wünsche zur heutigen Ausschusstagung. Die deutschen Städte werden stets zu ihren Brüdern im besetzten Gebiet stehen und sie im schweren Abwehrkampf noch Kräfte unterstützen.“

Vorspiegelungen falscher Tatsachen oder Betrug?

Vor uns liegt der Zeitungskatalog des Mosseverlages, der die deutschen und zahlreiche ausländische Zeitungen geographisch geordnet mit Angabe ihrer Auflageziffern, ihrer Anzeigenpreise usw. wiedergibt. Unter diesen befindet sich unter der Rubrik „Rheinprovinz“ unter den Zeitungen der Stadt Saarbrücken auch der „Neue Saarlurier“ mit einer Auflageziffer von — 20 000 aufgeführt. Es ist doch ein „alter ehrlicher Junge“, dieses französische Propagandaorgan, dem noch immer aus dem Propagandasonds des Herrn Köchlin monatliche Zuschüsse gezahlt werden! Aus der Angabe der Auflageziffer ergibt sich, welche Rolle der Saarlurier in der Reihe der saarländischen Presse spielen — möchte. Was würden die Herrschaften, die in der Parallelstraße die Winte ausführen, die sie von der Trierer- und der Alleestraße aus erhalten, sich aufblasen, wenn sie wirklich eine solche Auflage von 20 000 täglich zu verzeichnen hätten! Wenn der Drucker der Saarbrücker Handelsdruckerei einmal diese Angaben im Mossekatalog, die doch von der Geschäftsführung des Saarluriers gemacht wurden, einmal zu Gesicht bekommen würde, er würde erstaunt sein, zu vernehmen, daß sich seine rund 3000 Exemplare, die er zu drucken hat, und die mit Ach und Krach im Saargebiet abgesetzt werden können, durch nicht erkennbare Vorgänge vervielfachen!

Was bedeutet die Angabe der Druckauflage in Mosse's Zeitungskatalog? Dieser Katalog ist weniger oder gar nicht für den Privatgebrauch gedacht, sondern für die Geschäftsleute, die sich auf Grund dieses Kataloges die Zeitungen anschauen wollen, die sie mit Inseraten oder Beilagenaufträgen beehren wollen. Da aber natürlich jeder Geschäftsmann das, was er in Anzeigen oder Beilagen dem Lesepublikum sagen will, viel lieber in einer Zeitung tut, die 20 000 statt 3000 Leser zählt, so ist es erklärlich, daß dem Saarlurier manche Geschäftsanzeige und manche Anzeigenbeilage überwiesen wurde, weil man der Ansicht sein durfte, daß entsprechend der Angabe im Mossekatalog dieses Blatt eine tägliche Auflage von 20 000 habe. In Wirklichkeit sind diese Geschäftsleute die Betrogenen. Die Geschäftsleitung des Neuen Saarluriers, die von dem gleichzeitigen Chefredakteur Dr. Schötter gehandhabt wird, weiß ganz genau, daß die Auflage des Saarluriers die 3500 noch nie überstiegen hat, und daß die Angabe einer Auflage von 20 000 im Mossekatalog nicht nur eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, sondern einen regelrechten Betrug darstellt. Gibt z. B. irgendein Geschäftsmann dem Saarlurier eine Anzeige auf, so tut er das in der Erwartung, daß diese Anzeige entsprechend den Angaben des Mossekataloges 20 000 verschiedenen Lesern zu Gesicht kommt. Dafür bezahlt der Geschäftsmann auch den entsprechenden Preis. In Wirklichkeit sind es vielleicht 2500. Die Anzeige hat für den Geschäftsmann also einen wesentlich geringeren Wert, als den, für den er seine Zahlung leisten mußte. Oder ein anderer Geschäftsmann gibt auf Grund der Angaben der Geschäftsleitung des Saarluriers im Mossekatalog eine Beilage im Saarlurier auf, so zahlt der betreffende Geschäftsmann nicht nur die Beilagekosten für eine Auflage von 20 000, sondern sendet dem Saarlurier auch 20 000 Beilagen zu, von denen in Wirklichkeit bestenfalls 3000 verteilt werden. Die übrigen 17 000 verschwinden im Papierkeller, und der Saarlurier zieht aus diesem Altpapier noch den entsprechenden Nutzen. Für diese Betrugsmanöver ist Herr Dr. Schötter verantwortlich.

Wie kommt es übrigens, daß die Agenten des Saarluriers für das Saargebiet über Ausweise verfügen, die die Auflage des Blattes mit 10 800 angeben, während die Agenten, die in Elsaß-Lothringen für den Saarlurier reisen, eine Auflage von 35 000 bis 40 000 angeben und auf Grund eines Schreibens der Handelsdruckerei auch ausweisen?

Und schließlich noch eine letzte Frage: Wie lange will die deutsche Geschäftswelt des Saargebietes sich derartige Betrügereien eines französischen Propagandaorgans gefallen lassen? Wie lange will sie dazu beitragen, daß diesem Reptil die Lebensdauer verlängert wird durch Gelder, die sie ganz unnötigerweise für Anzeigen usw. in diesem Franzosenblatt beitragen?

Staatsbürgerliche Erziehung?

In der Vorstandssitzung des Schleswig-Holsteiner-Bundes, die am 16. Januar 1926 in Flensburg stattgefunden hat, wurde u. a. folgender Fall zur Sprache gebracht:

In dem Buch „Staatsbürgerliche Erziehung“, im Auftrage des Zentral-Instituts für Erziehung und Unterricht, herausgegeben von Lampe und Franke-Breslau, schreibt Herr Valentin:

„Wie sehen nun die durch den Friedensvertrag festgesetzten neuen deutschen Grenzen aus: Verloren hat nur der Staat Preußen — wenn man von Elsaß-Lothringen abzieht. Es liegt darin eine tief historische Symbolik. Preußen hat sein Wachstum

am rücksichtslossten durchgeführt. Preußen galt bei der Entente als Rückgrat politisch-militärischer Kraftentfaltung. Die Verluste Preußens an Land sind nun ganz verschieden zu bewerten. Gegenüber Dänemark ist alles Unrecht wieder gutgemacht worden, wenn auch für die dänischen Expansionsbestrebungen etwas zu vorteilhaft. Nordschleswig gehörte nach Sprache und Kultur tatsächlich zum guten Teil zu Dänemark, und kein anderer als Bismarck hat diesem Sachverhältnis nach der Reichsgründung Rechnung tragen wollen, wobei es aber am Widerspruch Kaiser Wilhelms I. scheiterte, der die Schlachtfelder des dänischen Krieges nicht aufgeben wollte. In Ostpreußen ist die durch den Friedensvertrag vorgesehene Abtretung der an Polen grenzenden Bezirke für uns glänzend abgelaufen. Ein schmerzliches Kapitel ist das Saargebiet, bei dem sich das System der Völkerverwaltung immer weniger bewährt und eine zunehmende Franzisierung unaufhaltsam erscheint. Ohne Befragung der Bevölkerung ist die Abtretung des Memelgebietes und die Errichtung der freien Stadt Danzig geschehen, — beide haben sich in den Verlust der deutschen Nationalität, durch den sie den Litauern, bzw. Polen überantwortet werden, ohne Widerstand finden müssen.

Gegen diese Darstellung hat der Vorstand des Schleswig-Holsteiner-Bundes Protest erhoben, indem er sich an die schleswig-holsteinischen Mitglieder der Parlamente gewandt hat mit der Bitte, die Angelegenheit im Parlamente zur Sprache zu bringen.

Wir schließen uns dem Protest des Schleswig-Holsteiner Bundes in vollem Umfang an. Es ist wirklich kaum glaublich, daß von deutscher Seite die willkürliche Grenzziehung der Entente durch das Versailler Diktat in vielen Punkten als gerechtfertigt hingestellt wird, wodurch der Freiheitskampf des deutschen Volkes zur Wiedergewinnung seiner nationalen Grenzen geschwächt oder gar unmöglich gemacht wird. Geradezu ungeheuerlich ist die Darstellung Valentins über die deutsch-dänische und über die deutsch-polnische Grenze in Ostpreußen. Dänen und Polen können sich gar keine besseren Zeugen für ihren Länderraub wünschen als die Deutschen selbst, wenn in einem deutschen Buch über die Grenzziehung eine Darstellung gegeben wird, wie es hier geschieht.

Kleine Tageschronik.

Schweres Explosionsunglück auf der Dillinger Hütte.

Auf der Dillinger Hütte ereignete sich am 1. Februar eine schwere Explosion, durch die fünf Arbeiter getötet und zwei schwer und fünfzehn leicht verletzt wurden. Die Explosion ereignete sich in der Ammoniatfabrik neben der Benzolanlage und dürfte durch Ueberdruck in der Gasrohrleitung zum Hochofen hervorgerufen worden sein.

Das Gebäude der Benzolanlage wurde in einem Augenblick in einen großen Trümmerhaufen verwandelt. Sofort setzten die Rettungsarbeiten für die im Gebäude befindlichen Arbeiter ein. Die Dillinger Feuerwehr, die Hüttenwehr, die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz waren alsbald zur Stelle und drangen in den Trümmerhaufen. Es wurden fünf Tote und zwei Schwerverletzte geborgen. Außerdem wurden etwa 15 Leichtverletzte festgestellt.

Bei den zum Teil mit Lebensgefahr verbundenen Rettungs- und Hilfsarbeiten beteiligten sich in hervorragender Weise die Herren Ärzte Dr. Deilmann und Dr. Teipel, die sofort zur Stelle geeilt waren und den Verwundeten die erste Hilfe angedeihen ließen. Diese wurden dann ins Dillinger Krankenhaus überführt.

Rühmend hervorgehoben zu werden verdient auch das heroische Verhalten des Herrn Kaplans Dr. Ludwig, der auf die Kunde vom Unglück sofort zur Hütte eilte und dringend um Einlaß bat. Man machte ihn auf die noch bestehende Lebensgefahr aufmerksam; doch er erklärte, die Verantwortung dafür übernehme er. Er vertauschte den Talar mit einem blauen Arbeiterkittel und drang zur Trümmerstätte vor, wo er sich bemühte, möglichst allen Schwerverletzten die Tröstungen der heiligen Religion zu spenden.

Die Namen der Toten sind: Ehre aus Pachten (Vater von fünf Kindern), Kettler Peter, Pachten (Vater von sechs Kindern), Müller, Hauptstadt, Menzel Wallerfangen, Bellmann, Dieffen (Vater von acht Kindern).

Unter Beteiligung der gesamten Regierungskommission des Saargebietes fand am 3. Februar eine Trauerfeier für die fünf Todesopfer der Dillinger Katastrophe statt.

Durch die Explosion wurden die Telegraphen- und Telefonleitungen der Eisenbahn, die in der Nähe vorbeiführt, zerstört. Wie wir hören, ist über die Ursache des Unglücks eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis man abwarten muß.

Die Werksleitung teilt über die Ursache folgendes mit:

„Am Sonntag morgen 8.10 Uhr hat sich bei unseren Hochofenanlagen in der Nebengewinnung (Ammoniatfabrik) eine schwere Gasexplosion ereignet. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist durch ein Hindernis in der Leitung eine Störung entstanden, so daß hierdurch das Gas in den Maschinenräumen der Ammoniatfabrik ausströmte und dort durch irgendeinen Zufall zur Entzündung kam, wodurch die Explosion hervorgerufen wurde.“

Flugpläne im Saargebiet.

Die Arbeiten zur Einführung eines saarländischen Flugverkehrs nehmen eine fortwährende Entwicklung, so daß Aussicht besteht, schon in diesem Frühjahr das Saargebiet in die internationale Luftverkehrslinie einzureihen. Als Luftweg sind eine Nord-Süd-Linie Rotterdam—Köln—Saarbrücken—Zürich und eine Ost-West-Linie München—Stuttgart—Mannheim—Saarbrücken—Paris in Aussicht genommen.

Saarbrücken. Bei der letzten Ausstellung der Kunstmesse im Römer, „Das Saarland“, meldet sich auch ein hochbetagter Frankfurter Veteran, der bei dem Sturm auf die Spigeler Höhen schwer verwundet wurde und durch Krieg und Inflation in schlimmste finanzielle Bedrängnis geraten ist. Jetzt hat die Stadt Saarbrücken dem alten Kämpfer für ihre Befreiung einen Ehrensold bewilligt, der den alten Herrn vor der äußersten Not schützt. Die Frankfurter erblicken darin mit Recht einen erneuten Beweis für die wahren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankfurt und dem Saarland, die durch die letzte Messe besonders gefördert wurden.

Ein Pariser Blatt läßt sich aus Metz melden, daß dort ein Lothringer zurückgekehrt sei, der aus Sibirien in Begleitung zweier Kameraden aus der russischen Gefangenschaft geflohen wäre. Er habe erzählt, . . . daß sich in Plutowski in Sibirien noch etwa 1000 deutsche Kriegsgefangene aus Lothringen und aus dem Saargebiet aufhalten sollen. (Wir geben diese Nachricht nur unter allem Vorbehalt wieder. Die Red.) — In der Nacht zum 2. Februar ist auf dem Reppersberg, im Vorgarten des Hauses Reppersbergstraße 26, das 18-jährige Dienstmädchen Dora Kobel aus Gersweiler einem Lustmörder zum Opfer gefallen. Die Leiche des Mädchens, dem nach Erwürgung der Hals durchgeschnitten wurde, wies Blwunden an der linken und rechten Brustseite auf. Bis her konnte der Täter nicht ermittelt werden.

Dudweiler. Einen wenig erfreulichen Anblick bietet unser Ort oberhalb der Südstraße. Infolge der durch Grubenentwässerungen entstandenen Schäden mußte eine größere Anzahl Wohnhäuser dem Erdboden gleich gemacht werden und immer neue Schäden machen sich an einer Anzahl Häuser bemerkbar. Besonders hat auch das Schlafhaus gelitten, so daß es auf einer Seite sich beträchtlich gesenkt hat und große Risse sich einstellten, die eine umfangreiche Ausbesserung erforderlich machten. Diese sind nunmehr soweit gediehen, daß das Gebäude wieder ein einigermaßen wohnliches Aussehen hat und ein Weiterbewohnen des Schlafhauses dadurch möglich ist.

Saarlouis. Hier hat sich ein Verein für Heimatkunde und Heimatschutz unter dem Vorsitz des Studentrats Dr. Mailänder gebildet, der sich innerhalb des Kreises Saarlouis der Erforschung der geschichtlichen Vergangenheit, dem Schutz der historischen und Naturdenkmäler, sowie der Pflege der volkstümlichen Ueberlieferung und des deutschen Heimatstums im besonderen Maße widmen will. Der Verein gibt eine Zeitschrift, Heimatblätter für Stadt und Land Saarlouis, heraus, die neben belehrenden Aufsätzen, Veröffentlichungen aus alten Urkunden und Chroniken auch bildliche Darstellungen enthalten soll. Der Verein wird mit ähnlichen Vereinigungen, die zum Teil noch in den benachbarten Kreisen gegründet werden sollen, zusammenarbeiten.

Personalnachrichten.

Generaldirektor Schleifenbaum f. Der frühere Generaldirektor der Dillinger Hütte, Herr Schleifenbaum, ist dieser Tage in Mansfeld mitten aus seinem arbeitsreichen Leben plötzlich infolge einer eitrigen Halsentzündung durch den Tod abgerufen worden. Diese Nachricht wird im Saargebiet bei all denen erschütternd wirken, die diesen aufrechten Mann mit seiner ungeheuren Schaffenskraft kannten. Der unerbittliche Tod hat es verhindert, den Augenblick zu erleben, den er mit glühender Sehnsucht entgegen sah; nämlich dem der Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem angestammten Vaterland.

Arbeiterjubilare. 117 Arbeitern und Angestellten der Burbacher Hütte konnten für langjährige Dienste goldene und silberne Uhren überreicht werden. Von den Jubilaren stehen 108 zwanzig, 5 fünfundsamzig und 4 fünfzig Jahre im Dienste des Werkes. Bisher erhielten auf der Burbacher Hütte 3271 Arbeiter und Angestellte die Jubiläumsur, von denen noch heute 1316 in voller Rüstigkeit im Dienste des Werkes stehen. Es erhielten die goldene Uhr: für fünfzig Dienstjahre: Walzwerksmeister Kner, Magazinmeister Kreber, Walzwerksarbeiter Müllersbach und Bahnarbeiter Dieblana; für 25 Dienstjahre: Profurist Posth, Bureaubeamter Siegel, Techniker Reuter, Bureaubeamter Kubig und Handelsbevollmächtigter Reinert.

Sein vierzigjähriges Amtsjubiläum als Pfarrer der Gemeinde Riegelsberg kann Pfarrer Hegg gleichzeitig mit seinem siebenzigsten Geburtstag feiern. Von Seiten der evangelischen Kirchengemeinde wurden alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des Doppeljubiläums Pfarrer Abeggs getroffen.

Das Fest der goldenen Hochzeit begingen die Eheleute Peter Beder-Korbes in Saarbrücken 2, Lebacher Straße. Ferner die Eheleute Mathias Rupp-Luzemburger in Emsdorf in Anwesenheit ihrer 33 Enkelkinder.

Todesfälle. Saarbrücken: Gustav Adolf Grothe, 76 Jahre. Direktor der Saarbrücker Alfred Kerschmar, 62 Jahre. Dachbedermeister Adolf Kahl, 32 Jahre. Oberlokomotivführer a. D. Heinrich Sommer, 67 Jahre. Bankbeamter a. D. Albrecht Müller, 75½ Jahre. Lehrer i. R. Philipp Hoffmann, 74 Jahre. Ernst Schulz, 50 Jahre. Joseph Körber, 66 Jahre. Maschinensführer a. D. Friedrich Beder, 83 Jahre. Fräulein Elisabeth Serwe, 61 Jahre. Fräulein Käthe Hamel, 36 Jahre. Studienrätin Fräulein Anna Hellung. Frau Marg. Flaxmeier, geb. Hell, 50 Jahre. Frau Luise Lauffer, geb. Grefler, 65 Jahre. Frau Witwe Maria Hexamer, geb. Müller, 82 Jahre. Frau Anna Maria Müller, geb. Braun, 49 Jahre. Frau Witwe Wilhelm Röhn, geb. Wähler, 64 Jahre. Frau Sophie Biewer, geb. Reiner, 43 Jahre. Frau Maria Medel, geb. Richard, 57 Jahre. Frau Magdalena Schmidt, geb. Kemertopf, 57 Jahre. Frau Jaf. Fürst, Luise, geb. Jung, 69 Jahre. Frau Anna Kunz, 56 Jahre. Fräulein Pauline Lemmes. Superintendent und Pfarrer i. R. Adolf Jillessen, 94 Jahre. — Brebach: Frau Witwe Rektor Christmann, Albertine, geb. Ködiger, 57 Jahre. — Herrenlohr: Gottlieb Eißler, 25 Jahre. — Dudweiler: Frau Maria Hoffmann, geb. Braun, 79 Jahre. Frau Witwe Elisabeth Lesch, geb. Wida, 59 Jahre. Georg Schmidt, 78 Jahre. — Sulzbach: Otto Traut, 27 Jahre. Kaufmann Arthur Dietz, 30 Jahre. Frau Katharina Kahl, geb. Martin, 64 Jahre. — Quirschied: Witwe Elisabeth Schmidt, 68 Jahre. — Walpershofen: Schmiedemeister a. D. Wilhelm Groß, 73 Jahre. — Heinitz: Filialleiter Heinrich Grimm jun. Johann Biehl, 65 Jahre. — Wildhof: Frau Witwe Heinrich Dietrich, 86 Jahre. — Elversberg: Jakob Meiser, 64 Jahre. — Neunkirchen: Frau Witwe Katharina Reinecke, geb. Händchen, 69 Jahre. Anton Borr, 55 Jahre. Frau Witwe Sophie Drawe, geb. Reinhold, 79 Jahre. Ludwig Seyler, 29 Jahre. Frau Else Kläber, geb. Beder, 27 Jahre. Frau Maria Kühn, 48 Jahre. — Wieselstein: Frau Witwe Christian Schlegel, geb. Kath. Margarethe Wagner, 73 Jahre. — Fräulein Gertrud Klein, 17½ Jahre. Penf. Grubenschlosser Wilhelm Fritsch, 63 Jahre. Schuhmachermeister Jakob Stoll, 69 Jahre. Penf. Bergmann Konrad Schulz, 64 Jahre. — Emsdorf: Frau Paul Morguet, Maria, geb. Luzemburger, 68 Jahre. — Saarlouis: Frau Johann Bohr, Anna, geb. Heßler, 54 Jahre. Frau Witwe Jakob Levy, geb. Frenkel, 70 Jahre. — Bettingen: Emilie Simmet, 22 Jahre. — Niederlingweiler: Gastwirt Jakob Bolz, 69 Jahre. — Berschweiler: Lehrer Hermann Wagner, 24 Jahre. — Schwalbach: Lehrerin Fräulein Maria Altmayer, 46 Jahre. — St. Ingbert: Frau Anna Wagner, geb. Gebhardt, 30 Jahre. Frau Witwe Juliana Baum, geb. Langguth, 73 Jahre.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Saarkonferenz in Berlin.

Eine bedeutsame Saarkonferenz fand unter Teilnahme zahlreicher Vertreter der in der Saararbeit stehenden Organisationen, der in Frage kommenden behördlichen Stellen, der Parlamente und saarländischer Landstände am 24. Januar im Preussischen Landtag statt. Sie war veranlaßt vom Vorstand und dem Beratung- und Aufsichtsausschuß der Geschäftsstelle Saarverein und dem Bund „Saar-Verein“ und diente der Besprechung der Arbeit, die in Zukunft im Interesse des Saargebiets geleistet werden muß. Es darf behauptet werden, daß diese Aussprache einen außerordentlich günstigen und erfolgversprechenden Verlauf nahm. In seiner begrüßenden Ansprache gab der Vorsitzende des Beratungs- und Aufsichtsausschusses einen kurzen Abriss über die durch die Geschäftsstelle und den Bund „Saar-Verein“ geleistete Arbeit in den abgelaufenen sechs Jahren. Nicht darum handelte es sich, im Saargebiet selbst eine entsprechende Tätigkeit auszuüben, sondern darum, Aufklärung über die politischen Verhältnisse und die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets zu geben, wie sie sich zwangsläufig unter den Bestimmungen des Versailler Diktats bzw. der Verwaltungstätigkeit der Saar-Regierung ergeben haben. Der Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ ist es zu danken, daß das deutsche Volk der Saarfrage nicht nur Aufmerksamkeit, sondern weitgehendes Verständnis entgegenbringt. Seiner Tätigkeit ist es mit zu verdanken, daß das Ausland sich mit den Vorgängen an der Saar in weitest gehendem Maße beschäftigte.

Zusammenfassend bezeichnete der Vorsitzende den „Saarverein“ als durchaus brauchbares Instrument, das das Saargebiet selbst im Interesse der Aufklärung und der Belebung der allgemeinen Aufmerksamkeit für das, was an der Saar vor sich geht, nicht mehr entbehren kann.

Zum Schluß richtete er an alle diejenigen, die unermüßlich in dieser Arbeit gestanden haben, herzlichen Dank, den er auch an die Saargebietsbevölkerung allgemein richtete, die in ihren Kundgebungen aller Art immer wieder ihre Treue zum deutschen Volk und Vaterland betont hat. In diesem Zusammenhang wies er auf die bekannte Protestkundgebung der Saarlöcher Stadtverordneten hin, die den französischen Ministerpräsidenten Herriot zu der Erklärung zwang, „daß er niemals Annexionsabsichten auf Saarlouis gehabt oder unterstützt habe“.

Hierauf gab der Vorsitzende des Bundes, Oberlandesgerichtsrat Andres, Raumburg, einen Überblick über die Tätigkeitsgebiete, die Tätigkeitsart und die Tätigkeitserfolge des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, um allen Teilnehmern der Konferenz, soweit sie nicht ständig in der Saarvereinsarbeit stehen, mit der Tätigkeit desselben vertraut zu machen. Hierbei hob er besonders hervor, daß der „Saarverein“ eine überparteiliche Organisation ist, die sich auf alle Parteien stützt und Mitarbeiter aus allen Parteilagern auf sich vereinigt. Besonderen Wert legt der „Saar-Verein“ darauf, seine Tätigkeit in engerer Fühlungnahme mit der Saargebietsbevölkerung auszuüben, und alle seine Anregungen zu seiner Arbeit zu empfangen aus dem Saargebiet selbst. Diese Ausführungen wurden noch besonders unterstrichen von dem Leiter der Versammlung, der als Endziel des Saarvereins gemeinsam mit der Bevölkerung des Saargebiets feststellte, dafür zu sorgen, daß, wenn es wirklich zur Abstimmung kommen sollte, das Saargebiet restlos mit ungebrochenem deutschen Volkstum dem Vaterland wieder zugeführt wird. In solcher Arbeit hätten Parteiprejudizien und Parteirücksichten keine Stätte.

Ein Landsmann aus dem Saargebiet zeigte sich von den Arbeitszielen des Vereins außerordentlich angenehm berührt. Es sei daher nicht verwunderlich, daß man im Saargebiet der unermüßlichen Tätigkeit des Bundes „Saar-Verein“ das größte Interesse entgegenbringe und dankbar dafür sei, daß es treue Mitarbeiter außerhalb der Saargrenzen habe. Als einer der wichtigsten Faktoren in der Vertretung der Interessen des Saargebiets sei die Presse zu nennen. Hier müsse mit aller Kraft gearbeitet werden, daß sich besonders die große führende Presse in Deutschland der Verhältnisse im Saargebiet in nimmermüder Arbeit annimmt, damit der Ruf des Saargebiets nach Recht und Gerechtigkeit in aller Welt gehört wird.

Die Zusammenarbeit mit dem Saargebiet begrüßte er mit besonderer Genugtuung, da es in der Arbeit um das Saargebiet und um deutsches Recht keine deutsch-saarländische Grenze geben dürfe, wenn man uns schon durch Zug und Trug politisch und wirtschaftlich getrennt habe. Die Herzen an der Saar und im übrigen Deutschland aber würden immer heiß zusammenschlagen. Er ging dann auf die parteipolitischen Verhältnisse im Saargebiet in ruhiger und sachlicher Weise näher ein, um alle damit zusammenhängenden Fragen einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. In der weiteren Aussprache betonte der nächste Redner, daß es nicht angängig sei, daß man in Berlin an verschiedenen Stellen alle möglichen Leute anhöre, die oft nur von gewisser Seite geschickt würden, um alles mögliche zu erforschen, was nachher in entstellter Weise zur Verdächtigung der deutschen Propaganda verwertet werden solle. Diese Angelegenheit nahm die Aussprache lange Zeit in Anspruch. Jedenfalls ist das Ergebnis ein recht beachtliches.

Es folgte hierauf ein Vortrag eines Landmannes aus dem Saargebiet, der in knappen Strichen einen klaren Überblick über

die wirtschaftliche und politische Lage an der Saar

gab. Mit wachsendem Interesse wurden seine Ausführungen verfolgt, aus denen sich folgendes ergibt:

1. Sechs Jahre französischer Propagandaarbeit haben nicht vermocht, die Bevölkerung des Saargebiets wandelnd werden zu lassen in ihrer Treue zum deutschen Volk und Vaterland und in ihrem Kampf gegen die Annexionsabsichten Frankreichs.
2. Obwohl das Saargebiet in dem Versailler Diktat eine Regelung erfahren hat, die das Gebiet einem Völkerbundsaußschuß zu treuen Händen übergibt und damit an sich allen fran-

französischen Annexionsabsichten einen Kiegel vorschiebt, ist es Frankreich durch die seinen Völkerbundsauftrag verletzende Tätigkeit des französischen Präsidenten der Saarregierung gelungen, die wirtschaftliche und politische Abschneidung des Saargebiets in einer Weise durchzuführen, daß sie einer Annexion bereits verdammt ähnlich sieht.

3. Es ist erwiesen, daß die Saarregierung unter dem starken Einfluß der französischen Saargrubenverwaltung steht und ihre Verwaltungsmaßnahmen stets nach den wirtschaftlichen und politischen Anweisungen dieser Verwaltung richtet. Gesetzgeberische Maßnahmen, die auch auf die französische Grubenverwaltung als Arbeitgeber Anwendung zu finden hätten, werden in der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ausgearbeitet und ohne jegliche Abänderung durch die Regierungskommission dem Landesrat „zur Begutachtung“ zugeführt, ohne daß sie sich dabei an irgendwelche Abänderungen des Landesrates hält. Welcher Art solche Entwürfe sind, bedarf keiner näheren Erklärung.

4. Die bestehenden Gesetze, besonders auf sozialem, arbeitsrechtlichem und bergpolizeilichem Gebiet werden von der französischen Grubenverwaltung nicht beachtet, und die Saarregierung wagt es nicht, die Innehaltung solcher gesetzlichen Vorschriften von der Bergverwaltung zu verlangen. Der beste Beweis hierfür ist das Knappschaffswesen und das Raubbauseystem auf den Saargruben, das, wenn die Dinge nicht bald geändert werden, dazu führen muß, das Saargebiet in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, wie es in Schnappach bereits zu beobachten ist.

5. Die Zusammenarbeit der Saarregierung und der französischen Grubenverwaltung zur Ausbeutung des Saargebiets ergibt sich auch aus der Tatsache des Abschlusses eines Steuerabkommens zwischen Saarregierung und Grubenverwaltung, durch das der französische Fiskus nur 13 Prozent des gesamten Steuersolls aufbringt, während er entsprechend dem Steuerwerte der Saargruben mindestens 33 oder sogar 50 Prozent aufbringen müßte. Auf diese Weise zieht Frankreich aus dem Saargebiet auf Kosten der Saargebietsbevölkerung einen tatsächlichen Nutzen von jährlich mindestens 50 Millionen.

6. Mit der Währungsänderung, die gegen das Saarstatut verstößt, zieht Frankreich abermals einen außerordentlich großen Nutzen aus dem Saargebiet, ohne daß es sich bereit fände, als Gegenleistung Kredite für die Saarwirtschaft bereit zu stellen.

7. Durch das System der Einteilung der Saarverwaltung durch den Präsidenten der Saarregierung Herrn Rault ist das Saargebiet zu etwa vier Fünfteln in die Hand französischer Beamten gegeben, die nicht dem Völkerbund oder der Saarregierung, sondern als französische Beamte nur Frankreich den Treueid geleistet haben. Diese Beamten sind also gar nicht verpflichtet, sich an das Verwaltungsstatut für das Saargebiet zu halten, sondern üben ihre Tätigkeit nach den Gesichtspunkten aus, die Clemenceau seinerzeit für die Annexion des Saargebiets aufstellte. Der beste Beweis dafür ist das Verhalten der Regierungskommission den Herren Adler und Kollin gegenüber, die trotz schwerer Amtsverbrechen nach den gesetzlichen Bestimmungen für das Saargebiet außer Strafverfolgung gesetzt wurden, weil sie nicht Beamte der Saarregierung, sondern Beamte der französischen Regierung waren und heute noch sind. Und Herr Rault lacht sich ins Fäustchen.

8. Da wir wissen, daß trotz der aufrechten deutschen Haltung der Bevölkerung dem Saargebiet durch die systematische Zermürbungsarbeit große Gefahren erwachsen, so ist es notwendig, daß man im übrigen Deutschland sich nicht durch eine scheinbar günstige politische Lage im Saargebiet täuschen läßt, sondern mit dem Kampf gegen die Kriegsschuldlüge auch mit gleicher Kraft den Kampf gegen die Saargebietslüge Clemenceaus führt.

Die Ausführungen des ausgezeichneten Kenners der politischen Lage im Saargebiet machten auf die Versammlung einen tiefen Eindruck, der durch lebhaften Beifall seinen äußeren Ausdruck fand. Seine Schlussworte, die nach seinen ersten Worten besonders eindringlich waren, möchten wir an dieser Stelle wörtlich wiedergeben, in der Hoffnung, daß alle, die ehrlich ihre Mitarbeit für das Saargebiet bekennen, sich diese Mahnungen tief ins Herz einprägen!

„Wenn wir für das Saargebiet tätig sein sollen, dann müssen wir die Schwierigkeiten nicht verkennen und vor allem System in unsere Arbeit bringen. Denn die 10 Jahre, die uns jetzt bevorstehen, werden nach der Auffassung aller, die die Verhältnisse kennen, schwieriger wie die sechs Jahre sein, die wir

hinter uns haben. Das ist unsere Auffassung und da muß die Arbeit für das Saargebiet in ein bestimmtes klares System gebracht werden, das seine Kräfte sich gegeneinander aufheben. Vergessen wir ferner das eine nicht: Die Opfer, die im Saargebiet gebracht werden, sind Opfer für das ganze deutsche Volk. Dort unten machen sie eine Art babylonische Gefangenschaft für das ganze Deutsche Reich durch. Wenn nur das nötige Verständnis da ist, dann fehlt es auch nicht, eine aktive Politik zu machen gemeinsam mit den Deutschen, die dort dazu berufen sind. Und wenn wir Hand in Hand arbeiten, dann bin ich fest überzeugt, daß wir nicht ohne Mühe unsere Arbeit aufwenden.“

*

Eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Ortsgruppe Hannover des Bundes „Saar-Verein“ mit den Mitgliedern des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle und des Vorstandes des Bundes „Saar-Verein“ fand am 6. d. M. im Hotel Luisehof in Hannover zwecks Vorbesprechung für die am 6. und 7. Juni 1925 in Hannover stattfindenden 5. Tagung des Bundes „Saar-Verein“ verbunden mit einer großen Saarkundgebung statt. Der Vorsitzende des Bundes „Saar-Verein“, Herr Oberlandesgerichtsrat Andres, der den Vorsitz führte, berichtete nach weiterer herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Hannover, Herrn Polizeiinspektor Heinrich, zunächst, unter Hinweis auf die früheren Bundesversammlungen in Bielefeld, Dortmund, Karlsruhe, Leipzig über die Bedeutung der Bundesversammlungen; er wies ganz besonders darauf hin, daß die Veranstaltung unbedingt einen überparteilichen Charakter haben und in möglichst eindrucksvoller Weise vor sich gehen müsse. Es seien zwei Tage, und zwar der 6. und 7. Juni d. J. mit folgendem Programm in Aussicht genommen: Am Sonnabend, den 6. Juni, vormittags, die geschäftliche Sitzung, nachmittags um 3 Uhr die politische Versammlung und abends der Festkommers mit Verlesung der eingegangenen Begrüßungsschreiben und Telegramme usw. Am Sonntag, den 7. Juni soll die große Saarkundgebung stattfinden, an der möglichst Hannover und die Umgebung, aber auch möglichst viele Teilnehmer aus dem Saargebiet selbst, teilnehmen sollen. Anschließend an die Kundgebung soll in kleinerem Kreise gemeinschaftliches Mittagessen stattfinden. Herr Verwaltungsdirektor Vogel sprach darauf über die Schaffung der notwendigen Ausschüsse und betonte, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, für die verschiedenen Ausschüsse die geeigneten Persönlichkeiten zu finden. Die näheren Einzelheiten sollten der Ortsgruppe Hannover überlassen bleiben, die auch die notwendigen Vorbereitungen zu leiten habe. In den Ehrenauschüssen müßten, abgesehen von den Spitzen der Behörden, prominente Persönlichkeiten der Stadt Hannover und Umgebung kommen. Herr Vogel erklärte im weiteren, daß die ganze Veranstaltung ideelle und finanzielle Unterstützung von verschiedenen Seiten zu erwarten habe. Seitens der Ortsgruppe Hannover müsse andererseits dafür Sorge getragen werden, daß die Industrie, Handel und Gewerbe, vielleicht auch die Stadtverwaltung, sich finanziell an der Sache beteiligen werde. Zu dem in Aussicht genommenen Festkommers am Sonnabend, den 6. Juni, soll die Ortsgruppe wegen Auswahl des Saales das Notwendige veranlassen. Der Kommers ist so gedacht, daß der Bundesvorsitzende die Anwesenden, insbesondere die Gäste aus dem Saargebiet begrüßt und sodann die einzelnen Redner zu Worte kommen. Der für den 7. Juni d. J. in Aussicht genommene Festzug, an welchem sämtliche Vereine und politischen Parteien Hannovers, u. a. auch die studentischen Korporationen von Göttingen, Clausthal und der Hochschule in Hannover, zur Teilnahme eingeladen werden sollen, nimmt seine Aufstellung in der Herrenhäuser Allee und setzt sich um 2 Uhr nachmittags in Bewegung, geht durch die Hauptstraßen der Stadt und endigt auf dem Stadion. Hier sollen die einzelnen Redner sprechen, der Gesangsverein Männergesang-Verein „Lätitia“ zum Vortrag kommen, auch eine Musikkapelle usw. Anschließend an diesen Festakt soll ein gemeinschaftliches Mittagessen, in möglichst einfacher Art, stattfinden.

Die Versammlung wurde um 10½ Uhr geschlossen, nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe, Polizeiinspektor Heinrich, dem Leiter der Versammlung, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres, Herrn Regierungspräsidenten von Halkern und Herrn Verwaltungsdirektor Vogel, den Dank ausgesprochen hatte.

*

Saar- und Pfalzverein Leipzig. Zu einer machtvollen Kundgebung für die besetzten Gebiete gestaltete sich eine Veranstaltung des Saar- und Pfalzvereins in Leipzig im Zentraltheater am 1. Februar d. J. Eine ungeheure Teilnehmerzahl hatte sich hierzu eingefunden. Der Neue Leipziger Männergesang-Verein leitete die Veranstaltung mit Chorgesang stimmungsvoll ein. Der Vorsitzende des Saar- und Pfalzvereins, Ing. Seifert,

Leipzig, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die unerhörte Front der deutschen Bevölkerung an der Saar und in der Pfalz hin und erinnerte die Versammelten daran, welche Leiden und welche Schmach sie dort für uns erduldet haben. Mit eindringlichen Worten klopfte er an die Herzen der Bevölkerung des unbesetzten Deutschlands, indem er ihr die Frage vorlegte, ob man sich dort jener Knechtschaft erinnere, die unsere Landsleute erdulden müssen, ob man sich klar darüber sei, daß die vielen Bergleute und Hüttenarbeiter, treue, echte deutsche Arbeiterschaft, Hungerlöhnen erhalten, weil Frankreich das Saargebiet bis zum letzten Schweiß- und Blutstropfen ausbeute, legte ihr die Frage vor, ob sie sich darüber nachgedacht habe, welches die Bedeutung der Errichtung der Zollschranken an der deutsch-saarländischen Grenze am 10. Januar sei. Dann fuhr er u. a. fort: Ist es nicht angeichts dieses tapferen Verhaltens einer kerndeutschen Bevölkerung unter welscher Krute höchste und heiligste Pflicht aller Bewohner im unbesetzten Gebiete, sich geschlossen hinter die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu stellen und ihnen zu helfen? Dürfen wir es ruhig mit ansehen, daß die Kölner Zone, die am 10. Januar geräumt werden sollte, weiterhin besetzt bleibt?

Nein und abermals Nein! Das deutsche Volk im unbesetzten Gebiet mühte sich zu Tode schämen, wollte es mit seinem Einspruch gegen diesen unerhörten Rechtsbruch der Feindstaaten hinter dem Einspruch der Bevölkerung der Kölner Zone zurückstehen. Oder sollten wir im unbesetzten Gebiete vergessen haben, welche Leiden die rheinische und saarländische Bevölkerung erduldet hat und noch ertragen muß?

Sollten wir vergessen haben, wie man deutsche Frauen am Rhein vergewaltigt und geschändet hat?

Sollten wir vergessen haben, wie man deutsche Männer rheinischen Schlages in französische Gefängnisse geworfen hat, nur weil sie sich als Deutsche bekannten? Und sollten wir nicht wissen, daß die Grenzdeutschen all diese Schmach für Deutschland, auch für uns hier in Leipzig ertragen haben und ertragen? Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Ihnen, deutsche Männer und Frauen, dies alles noch in Erinnerung ist. Und so erheben wir heute hierdurch feierlich Einspruch gegen den unerhörten Rechtsbruch der Feindstaaten und fordern den Reichstag auf, allen Parteihader und Jani sofort hintenan zu stellen und mit der nunmehr zusammengestellten Regierung energig Front zu machen gegen die schändliche Auslegung des Vertrages.

Wir verlangen, daß die deutsche Regierung unsere Rechte wahrhaft und bis zur alleräußersten Grenze vorgeht.

Wir sind allen unsern Verpflichtungen nachgekommen und erwarten, daß auch die ehemaligen Feinde, wenn sie nicht weiterhin als solche, und als ehrlos dastehen wollen, doch mindestens den Vertrag halten.

Hierauf nahm Landgerichtsdirektor Dr. Kraewel, Frankfurt a. M., das Wort zu seinem Vortrag über die Verhältnisse im Saargebiet.

Mit dem 10. Januar sei es in das französische Zollgebiet aufgenommen worden, damit habe es den deutschen Markt verloren und nach Frankreich dürfe es nicht liefern. Tatsächlich seien also die Grenzpfähle schon heute verrückt und man versuche alles, um die treuen Deutschen für Frankreich zu gewinnen, so vor allen Dingen auf dem Gebiete der Schule. Die Bevölkerung bleibe aber gut Deutsch.

Landtagsabgeordneter Bachem setzte an den Anfang seiner von Partem nationalen Willen getragenen, begeistert aufgenommenen Ausführungen, daß wir erst dann ein Recht hätten, nach der Freiheit zu rufen, wenn wir selber gleichmäßig empfänden, wie unfrei wir wären. Der Kampf um den Rhein sei nicht nur für Deutschland, er sei für alle Völker das Symbol des Freiheitskampfes. Der Zug an den Rhein habe die Seele der ersten französischen Revolution vorwärts getrieben, er sei die Ursache zum Weltkrieg gewesen und um seinerwillen führe Frankreich den Krieg nach dem Kriege so unerbittlich. Wir Deutschen dürften aber

nicht die innerpolitischen Gegensätze über die außenpolitischen Notwendigkeiten wuchern lassen.

Dem Feind würden ja selbst die Waffen gegen uns in die Hand gedrückt, wenn führende Politiker in der Heimat sagten, daß es Deutschland sei, das den Frieden der Welt gefährde. Was solle dann Herriot anderes tun, als von einem waffenkriegerischen Volke sprechen. An dem Unrecht von der Nichträumung der Kölner Zone müßten wir lernen, uns härter auf uns selbst, unser Recht und unsere Freiheit zu besinnen.

Der Vorsitzende des Bundes Saar-Berein Oberlandesgerichtsdirektor Andres, Raumburg, brachte schließlich den Dank der Heimat an die treuen Grenzdeutschen zum Ausdruck. Es gäbe kaum wieder ein Beispiel in der Geschichte von solcher Treue, wie die der Deutschen an Saar, Rhein und Ruhr an ihrem armen Vaterlande. Die Franzosen würden sich sehr irren, wenn sie glaubten, der Geist der Veröhnung würde aus einer solchen Saat frecher Mißachtung der Verträge wachsen können. Der Redner legte der Versammlung sodann folgende Entschlieung vor: Die auf Einladung des Leipziger Bürgerbundes, des Saar- und Pfalzvereins, Ortsgruppe Leipzig, und vieler anderer lands-

mannschaftlicher und nationaler Organisationen sowie Parteien am 1. Februar 1925 im großen Festsaal des Zentral-Theaters Leipzig zahlreich versammelten Einwohner Leipzigs gedenken mit Trauer und Entrüstung daran, daß das urdeutsche Saargebiet im Versailler Frieden durch Lüge und Betrug für 15 Jahre vom Reich getrennt und den landfremden Vertretern des Völkerbundes unterstellt worden ist. Weit entfernt, das Land den Friedensbestimmungen entsprechend als Treuhänder zu verwalten, leisten diese überall den französischen, auf Annexion durch Frankreich gerichteten Bestrebungen Vorschub und knechten die deutsche Bevölkerung, der das von Deutschlands Gegnern so laut gepriesene und verheißene Recht der Selbstbestimmung gänzlich verweigert geblieben ist. Durch die am 10. Januar 1925 verwirklichte

Eingliederung des Saargebietes in das französische Zollgebiet

ist ungeheure Not über die Bevölkerung gekommen; ihres natürlichen deutschen Abhanggebietes beraubt, vom französischen Markt ausgeschlossen, steht die ausgedehnte saardeutsche Industrie mit ihren mehr als 100 000 Arbeitern furchtbarer Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Ruin entgegen. — Die Versammlung erwartet von der deutschen Reichsregierung, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln danach strebt, daß für die Saarfrage eine Lösung gefunden wird, die dem Rechte, der Wahrheit, den geschichtlichen Tatsachen und dem Willen der Bevölkerung entspricht und die den unbehinderten Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland unter allen Umständen dauernd sicherstellt. — Die Anwesenden geloben den Landsleuten des Saargebietes: Treue um Treue!

Das gleiche Gelübde legen wir ab für unsere Schwestern und Brüder am Rhein. Derselbe 10. Januar 1925, der dem Saargebiet eine schwere Wunde schlug, verlängerte für die Kölner Zone die unerträgliche Besetzung durch die fremden Mächte. Deutschland hatte auf Grund des Friedens von Versailles ein

Recht auf Räumung der Kölner Zone.

Die im Versailler Vertrage hierfür vorgesehenen Voraussetzungen waren sämtlich gegeben. Dieses unser Recht ist von den feindlichen Mächten gebrochen worden. Was sie als Vorwand hierfür anführen, ist eine lächerliche Ausflucht. Deutschland ist entwaffnet, es ist inmitten waffenkarrer Nachbarstaaten waffen- und wehrlos. Wenn demgegenüber der französische Ministerpräsident von Waffengeklirr in Deutschland zu sprechen wagt, so fügt er zu unserem Unglück noch Spott und Hohn.

Wir rufen unseren Schwestern und Brüdern, die in ihren Hoffnungen auf Befreiung so schwer getäuscht worden sind, in deutscher Treue zu: Harret aus, haltet aus! Wir stehen zu euch in Not und Tod. Keine Macht der Erde kann uns voneinander trennen. Auf ewig ungeteilt!

Begeisterter Beifall gab der Zustimmung zu dieser Entschlieung Ausdruck. Nach einem vom Ingenieur Secker angebrachten Hoch auf unser Vaterland stimmten die etwa 1600 Besucher der Kundgebung spontan das Deutschlandlied an, dessen letzter Vers „Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht“, wie ein Schwur erklang. Gesang des Neuen Leipziger Männergesangsvereins beschloß die eindrucksvolle Kundgebung.

✱

In Chemnitz hatte auf eine Anregung der daselbst wohnenden Landsleute aus dem Saargebiet der „Berein für das Deutschtum im Ausland“ am 27. u. 28. zwei Versammlungen, in denen „Das Saargebiet in Wort und Bild“ behandelt wurde, einberufen. Am 4. Uhr nachmittags sprach in der Reformschule unser Landsmann Herr Karl Dömer über das Saargebiet und seine wirtschaftliche Bedeutung. Die Aula dieser Schule war bis auf den letzten Platz von Schülern und Schülerinnen der höheren Schulen besetzt. Mit höchstem Interesse folgten die Kinder den herrlichen Bildern des Saargebietes auf der Leinwand. In markigen Worten führte Herr Dömer den Kindern den Fleiß und die patriotische Gesinnung der treu-deutschen Saarbevölkerung vor Augen. Die Ermahnung, daß die Kinder sich doch mehr als bisher mit ihren Lehrern um die Grenzgebiete bekümmern möchten, wird ihren Zweck nicht verfehlt haben. Der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe für das Deutschtum im Auslande dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen und erbot sich selbst, Mitglieder für den „Saar-Berein“ zu sammeln, um diese treue deutsche Südwestecke unseres Vaterlandes nach Möglichkeit schützen zu können. Abends um 8 Uhr sprach in der Aula der Staatslehranstalt Herr Rechtsanwalt und Notar Giersberg, Magdeburg, über das Saargebiet, seine wirtschaftliche und politische Bedeutung. Herr Giersberg, ein geborener Saarbrücker, legte an Hand eigener Erlebnisse und Wahrnehmungen ein getreuliches Bild der wirtschaftlichen und politischen Situation des Saar-Gebiets dar. Begeistert wurden seine Ausführungen aufgenommen, die sehr oft tiefen und mit großem Bedauern für die letzten politischen Ergebnisse im Saargebiet begleitet waren. Herr Giersberg verstand es, die Herzen der Anwesenden für das Interesse des Saargebietes mit seiner Not zu gewinnen. Stürmischer Beifall lohnte

dem Vortragenden für seine ausgezeichneten Ausführungen. Als zweiter Teil des Abends hatte Herr Immert den Lichtbildervortrag übernommen. Man sah leuchtenden Heimatslaut konnte man von den anwesenden Saarbrüdern bei Vorführung verschiedener bekannter Heimatsbilder vernehmen. Manche von den Anwesenden erkannten an den Schönheiten der Natur, der Wälder, Berge, Industrien, welche kostbares Gut das Saargebiet darstellt, welches noch 10 Jahre von fremden Menschen regiert werden soll. Auch hier betonte wieder der Vortragende für das „Deutschtum im Auslande“, daß wir alle zusammenstehen müßten, um dieses herrliche Stückchen Land wiederzugewinnen. Die Veranstaltung hat zweifellos dazu beigetragen, das Interesse unserer sächsischen Landsleute für das Saargebiet zu wecken und manches Mitglied für den „Saar-Verein“ zu werben. An dieser Stelle dürfen die Vorarbeiten des Herrn Uhrmachermeisters Bräutigam, des Herrn Professor Schmidt und seiner Gattin, einer wackelhaften „Saggehannerin“, nicht vergessen werden, denen wir auch hier nochmals unseren tiefgefühltesten Dank darbringen möchten.

Ortsgruppe Hamburg des Bundes „Saar-Verein“. In der Hauptversammlung der Hamburger Ortsgruppe wurde einstimmig folgender Vorstand gewählt: Max Seyffarth als Vorsitzender, Dr. M. E. Thiel als Schriftführer, B. Schlachter als Kassier. Ferner wurde der Jahresbeitrag auf 12 Goldmark festgesetzt, einschließlich 20 Prozent Bundesabgabe und Beihilfe für die „Grenzdeutsche Rundschau“ der Grenzlandverbände, welche den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt werden soll. Außerdem wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Mitgliedsbeitrag kann in vierteljährlichen Raten gezahlt werden. Mitglieder, die bis zum 15. des 2. Quartalsmonats nicht bezahlt haben, müssen mit der Einziehung durch Postauftrag zuzüglich der Kosten einverstanden sein. Mitglieder, die auch nach erfolgter Mahnung nicht zahlen, können aus der Mitgliederliste gestrichen werden.“ Mehrfachem Wunsch entsprechend wurde beschlossen, die Versammlungen von jetzt ab im „Kaiserkeller“, Ede Jungfernstieg-Alsterarkaden, abzuhalten. Um das Vereinsleben reger zu gestalten, wurde beschlossen, außer der monatlichen Versammlung mit Vorträgen u. dgl. einen Stammtischabend abzuhalten. Der erste Stammtischabend fand am Mittwoch, den 4. Februar 1925, 8 Uhr abends, in dem neuen, bedeutend bequamer eingerichteten Vereinslokal („Kaiserkeller“, Ede Jungfernstieg-Alsterarkaden) statt. Die nächste Monatsversammlung ist auf Freitag, den 27. Februar, 8 Uhr abends, im neuen Vereinslokal festgesetzt. Zu diesem Abend haben in freundlicher Weise die Landsmännin M. Aders und Fräulein E. Teitenborn (Mitglieder der Robertbühnen in Berlin) einige Darbietungen zugesagt. Gäste sind willkommen! Der Vorstand erwartet, daß die Mitglieder ausnahmslos die günstige Gelegenheit, diese hervorragenden Künstlerinnen zu hören, nicht ungenutzt lassen werden.

Die Ortsgruppe Mengebe des Bundes „Saar-Verein“ hielt am 18. Januar 1925 eine Versammlung ab, zu der u. a. auch die Ortsgruppen Dorimund und Jern des Bundes „Saar-Verein“, sowie der Ost- und Westpreußen-Verein von Mengebe eingeladen worden waren. Erfreulicherweise war die Versammlung recht gut besucht. Fräulein Schnapp aus Dorimund hielt einen äußerst interessanten und wohlgeleiteten Vortrag über die Geschichte des Saargebiets, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend daran sprach noch Herr Berckel aus Dorimund.

Die Ortsgruppe Jbberbüren des Bundes Saar-Verein veranstaltete Sonntag, 1. Februar eine Saarlundgehung. Alle Erwartungen übertraf, so schreibt das „Teilenburger Kreisblatt“, der Massenbesuch der den Rörtingschen Saal nicht nur bis auf den letzten Stuhl füllte, sondern es mußte noch eine ganze Anzahl Besucher stehend dem Abend beizubringen. Nach dem Einleitungsspiel „Land in Not“ (Männergesangsverein Jbberbüren) und einem Musikvortrag „Kriegsmarsch der Priester aus Athalia“ von Mendelssohn sprach Fräulein E. Blanke folgenden Prolog:

Gegrüßt Ihr Männer und ihr Frauen!
Wir wollen freudig gerne auf euch bauen
Kommt, um in Lieb' und Treue zu gedenken
Und unsere Blicke hoffnungsvoll zu lenken
Nach unseres Reiches westlich Grenzen!
Wo deutsche Brüder, Schwestern immer noch
An Saar und Blied des Feindes Joch
Ertragen trohig schon seit sieben Jahren!
Und heute einig, einig schall's zum Rhein:
Deutsch sollst mein Saarland du nur sein!
Deutsch schlag dein Herz und wie deine Eichen
Stehst du, sollst nie vom Reiche weichen!
Noch steht des Winterberges hehrer Turm,

Weit geht der Blick in's deutsche Land hinein,
Da soll's ein Schwur, ein Treugeschloß sein:
Du, Saar, bleibst stark und einig in dem Völkertum!
Nicht länger du dich müß'n für welche Tüd und Nacht
Und zähneknirschend trohen welchen Rajonetten,
Dein Schicksal ist das uns're, das sei heut' gesagt!
Nicht länger zögern heißt es, dich zu retten.
Zu Dir o Herr, erheben wir die Hände:
Nach nun der langen bitt'ren Qual ein Ende!
Denn deutsch sind alle an der Saar,
Die Menschen brav und bieder ist ihr Sinn,
Deutsch woll'n sie sein für immerdar,
Allein nach Deutschland zieht's sie hin!
Denn mög' der Ruf durch alle Gauen klingen
Und tief in alle Herzen dringen:
Der Saar nun endlich Freiheit und Gerechtigkeit!

Oberberggrat Müller begrüßte sodann die Anwesenden und gab seiner Freude Ausdruck über die zahlreiche Beteiligung, die ihm die Gewißheit von der guten deutschen Gesinnung des Auditoriums gebe. In kurzen Worten setzte er den Zweck des Abends auseinander, worauf Verwaltungsdirektor Vogel aus Berlin das Wort zu seinem Vortrag erhielt. Der Referent teilte seinen Vortrag in zwei Teile. Im ersten Teil führte er in ausdrucksvoller Art die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages auf. Er erklärte dabei, daß jeder Deutsche diese Bedingungen gelesen haben muß, um sich ein Bild zu machen von diesem Absurdum von Schmach und Feigheit. Frankreich wolle mit seiner Politik nichts anderes, als die restlose Zersplitterung des deutschen Volkes und dessen Gebietes. Es sei seit Rom und Karthago noch kein solcher Frieden diktiert worden, wie 1918 Deutschland. Über 100 000 Quadratkilometer deutschen Landes seien, ganz abgesehen vom Kolonialbesitz, von Deutschland abgetrennt und annektiert. Nach Oberschlesien, Danzig, Elbisch usw. komme jetzt das Saargebiet an die Reihe. Die Franzosen gäben vor, der Rhein müsse die natürliche Grenze bilden, die kelto-romanische Blutmischung und die religiöse Grundlage würden dafür sprechen, daß das Saargebiet zu Frankreich gehöre. Die von Frankreich betriebene Politik sei die Ludwigs XIV. Der Redner kam dann auf das Saargebiet selbst zu sprechen und führte aus, daß es, obwohl schon dreimal in französischem Besitz gewesen, als urdeutsches Land noch immer erreicht habe, sich von der französischen Knechtung zu befreien. Es sei reich an Industrie und Kohlen-schätzen. Die Produktion belaufe sich jährlich durchschnittlich auf 14 Millionen Tonnen Kohle, über 2 Millionen Tonnen Stahl und über 1½ Millionen Tonnen Roheisen. Die Kohlengruben seien nach dem Versailler Vertrag in den Besitz Frankreichs übergegangen. In Wirklichkeit brauche Frankreich die Saarkohle gar nicht; es sei bloß die Eroberer- und Annexionslust der heutigen französischen Republikaner. Systematisch gehe Frankreich vor in der Einführung der Frankwährung, in der Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollregime, in der zwangsweisen Einführung der französischen Sprache in den Schulen und schließlich der willkürlichen Entziehung angestammter Rechte. Der Völkerverbund bilde eine lächerliche Figur in der ganzen Ausführungsmannier der Vertragsbestimmungen und es sei zwecklos, wenn Deutschland vom Völkerverbund noch irgend etwas erwarte. Zum Schluß gab der Redner noch eine kleine Schilderung über die Verhältnisse der Ausweisung. Er sei selbst ausgewiesen in einer Zeit, in der Frankreich im Saargebiet ein Exempel statuiert habe. Was die Ausweisung bedeute, ließe sich mit Worten gar nicht schildern. Dieses Exempel habe auch auf die im Saargebiet Verbliebenen seine Wirkung nicht verfehlt; das Volk wurde ängstlich, eingeschüchtert, jedem schwebte das Gespenst der Ausweisung vor Augen. Im Saarnoll stede jedoch ein guter deutscher Kern. Und deshalb sei es Pflicht des deutschen Volkes, einig und geschlossen die Stimme des Protestes gegen diese Willkür- und Gewalttätigkeit zu erheben und Schulter an Schulter hinter der Saarbevölkerung in der Stunde der Bedrängnis zu stehen. — Den zweiten Teil des Vortrages benutzte der Referent dazu, um die Zuhörerschaft auf der Weisung in die historisch bedeutsame Gegend des Saargebietes zu führen. Jedes Bild würdigte er einer interessanten Erläuterung, bis er am Ende seiner umfassenden Ausführungen angelangt war. Und er konnte seinen Vortrag nicht besser schließen, als mit der Ermahnung, fest und einig in Wort und Tat zu sein und zu bleiben im Interesse unserer Volksgenossen: Gott lasse uns siegen oder sterben für unser heilgeliebtes deutsches Vaterland! Er mache uns stark auf daß wir Frankreich dereinst den Frieden Wort für Wort diktieren, der ihm gebührt! Stürmischer Beifall lohnte dem Redner seine fesselnden Ausführungen. Lehten Endes sei noch der Mitwirkenden, des Männergesangsvereins und dem Trio dankend gedacht, die sich durch vorzügliche Gesangs- und Musikvorträge in den Dienst der Sache stellten und der machtvollen Rundgebung ein würdiges Gepräge gaben.

Briefkasten.

M. A. S. aus S. 6 M. mit bestem Dank erhalten.
B. A. aus S. 6 M.
S. in S. W. 25 Frcs. mit verbindlichem Dank erhalten.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedenk- und Nachschlagewerk für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saar-gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfakeln, saarländische Anekdoten, Wisse usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Erwachsenen. Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94 II.

Die Monatschrift

„Der Weg zur Freiheit“

erscheint im Verlag des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Berlin NW 7, Schadowstraße 2 monatlich und kann zum Preise von 20 Goldpfennigen durch jede Postanstalt bezogen werden. Das Mitteilungsblatt hält seine Leser ständig auf dem Laufenden über alle politischen Fragen, die mit der Kriegsschuldfrage und dem auf ihr aufbauenden Friedensvertrag von Versailles in Verbindung stehen. Außer anderen Artikeln, die einen Überblick über die abgelaufenen politischen Ereignisse enthalten, bringt das Blatt auch eingehende Besprechungen nicht nur der inländischen, sondern vor allem auch der ausländischen das genannte Gebiet betreffenden literarischen Neuerscheinungen. Das Blatt bietet daher jedem, auch wenn er nicht in der Materie eingehend bewandert ist, aufschlußreiches und nur auf Tatsachen beruhendes Material und gibt ihm dadurch Gelegenheit, sich desselben im Interesse der Aufklärungsarbeit über diese Lebensprobleme des deutschen Volkes zu bedienen.

Die illustrierte Monatschrift

Elsah-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsah-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: ... eine Zeitschrift, die ein aus-
drucksvolles Angehen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeding-
tamen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen. ... „Germania“,
Berlin: ... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf in der richtigen Weise angepackt. ... „Unabhängige
Nationalkorrespondenz“: Politisch und kulturpolitisch Inter-
essanten sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut. ... „Preussische
Jahrbücher“: ... Die Monatschrift vertritt die Stammes-
interessen dieses ferndeutschen Landes in scharfer Verteidigung und
gewandtem Angriff. ... unwarren Tendenzen abhold. ...
große Sachlichkeit. ... „Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elsässische Mitarbeiter zum Vortritt kommen zu lassen. ...“
„Schweizerische Volkszeitung“ (Remond, Rumänien): ... muster-
gültig geleitete Zeits. ... Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Zeits. ausgezeichnet.

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW 7 Nr. 109799.

Dessauer Garten

Dessauer Str. 1, Ecke Königsgräber Straße
5 Minuten vom Potsdamer Platz

Altbekanntes Speischaus

Spez. Ausschank von Würzburger
Hofbräu und Dortmunder Hansa

Säle und Sitzungszimmer zu vergeben.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des
Bundes „Saar-Verein“ sein!

Deutscher Wille

Die überparteiliche, vornehme Halbmonatschrift
aller vaterländischen Kreise

Behandlung jedes Interessengebietes
von hervorragenden Mitarbeitern

Auslandsdeutschtum und Auslandskunde stehen stark im Vordergrund

Sorgt für sozialen Ausgleich, behandelt Fragen
der Volksgesundheit und sucht die Erneuerung eines
wehrhaften Geistes in der deutschen Jugend und die
Wiederherstellung des großdeutschen Staates

Herausgegeben vom Kuratorium „Deutscher Wille“

Berlin W. 57, Bülowstr. 100

Erscheint halbmonatlich — jährlich 24 Hefte

Einzelheft M. —,50 jährlich M. 10,—

Zu bestellen bei allen Postanstalten sowie durch unser
Postcheckkonto Berlin Nr. 138541.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatschrift für den deutschen Westen

Verlag: Rheinischer Beobachter, Berlin SW 61, Großbeeren-Str. 17

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit
fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraft-
voll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt
die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut
auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 30 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Str. 17.

Vertriebene aus Elsaß - Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liqui-
dationsschäden berichten und auch kulturelle
Fragen, elsah-lothringische Erzählungen und
Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.